Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 23 | Danzig, Sonnabend den 9. Juni 1917 | 8. Jahrgang

Das dankbare Vaterland

Von Erich Kuttner

Den Kriegsteilnehmern ist so oft gesagt worden, daß ihnen der Dank des Vaterlandes gewiß sei. Es wäre unbillig, an der inneren Aufrichtigkeit solcher Worte zu zweifeln. Sie werden meistens gesprochen in Augenblicken kritischer Entscheidung, wenn das Herz des Sprechers ganz erfüllt ist von Bewunderung für die unverwüstliche Standhaftigkeit der „braven Kerle", die nach jahrelangen höchsten Entbehrungen des Körpers und stärksten Prüfungen der Seele standhaft ihre Pflicht tun wie am ersten Tage. Das müßte ja ein ganz hartgesottener Charakter sein, der als Miterleber der Großkampftage von Verdun, der Somme, der Arrasfront, der Champagne den inneren Mut zu Heucheleien fände!

Aber die Aufrichtigkeit eines Versprechens ist in der Politik noch keine Garantie für seine Durchführung. Die Geschichte kennt aufrichtige Versprechen, die nicht eingelöst wurden. Der Grund ist naheliegend. Die gesetzgeberische Kleinarbeit, die den Milliardenwechsel des Versprechens an die Gesamtheit nachher in bares Kleingeld für den einzelnen ummünzen soll, wird nicht in Gefühlsüberwallung, sondern in nüchterner Alltagsstimmung ausgeführt. Nehmen wir z. B. an, für die Kostenaufbringung dieser ausreichenden Versorgung der Kriegsinvaliden würde als Einnahmequelle eine progressive Reichseinkommensteuer vorgeschlagen. Glaubt wirklich jemand, daß diese aus „Dankbarkeit" debattelos angenommen würde?! O nein! Da kommen zunächst die prinzipiellen Gegner jeder direkten Reichssteuer. „Es ist mir nicht um den Taler, den ich zahlen soll, sondern um das Prinzip" — so entschuldigen sich bekanntlich alle, die lieber zehn Prinzipien als einige Groschen opfern. Bei der Staffelung der Steuersätze würde der weitere Kampf entbrennen. „Die Industrie wird erdrosselt", diesen Angstruf haben wir schon vor dem Kriege bei ganz geringfügigen Anlässen gehört. Wie wird es erst tönen, wenn für große Einkommen zwanzig oder dreißig Prozent Steuerleistung verlangt werden. Man wird den Kriegsinvaliden klagen, daß die Antragsteller „die Henne erschlagen, die ihnen die goldenen Eier legt", und dann hätten die Invaliden erst recht nichts. Natürlich, die dankbare Gesinnung bleibt dabei ganz außer Zweifel, und wenn der Eigentümer keine dreißig Prozent Steuer zahlen will, so geschieht das nur im wohlverstandenen Interesse der Invaliden selber. . . .

Schon heute kann, wer in der praktischen Arbeit steht, Erfahrungen darüber sammeln, daß dankbare Gesinnung und praktische Betätigung des Danks oft zweierlei sind. Wenn — um nur ein paar Fälle aus eigener Beobachtung anzuführen — die Gattin eines hohen Militärbeamten bei der Besetzung einer Portierstelle einem einarmigen Kriegsinvaliden mit Bezug auf das niedrige Gehalt sagt: „. . . und daneben haben Sie ja Ihre Rente", wenn ein anderer Kriegsinvalide, dem das rechte Bein sechzehn Zentimeter vom Rumpfe amputiert wurde, schon 1½ Jahr darauf nach dem Spruch eines Oberversicherungsamtes sich an den Verlust seines Beines „gewöhnt" hat, so daß ihm die Invalidenrente entzogen wird, wenn in den vom Kgl. preußischen Kriegsministerium herausgegebenen „Anstellungsnachrichten" den Kriegsinvaliden Posten für 75 Mk. monatlich, für 3 Mk. täglich, für „mäßige Entschädigung nach dem Maße der Leistung" usw. angeboten werden, wenn heute schon Arbeitgeber stellensuchenden Kriegsbeschädigten kurz erklären: „Kriegsinvaliden werden nicht eingestellt", so zeigt dies alles, daß das wirklich dankbare Vaterland seinen Dank nach dem Krieg in hartem Kampf gegen manchen Undank — einzelner oder ganzer Schichten — wird durchsetzen müssen.

Dazu kommt, daß gewisse Kreise schon heute nach einer Ausrede angeln, um sich der künftigen Dankespflicht entziehen zu können. So werden z. B. seit einiger Zeit in Berlin systematisch kleine Handzettel verteilt, auf denen folgendes zu lesen ist: „Arbeiter, wenn ihr nach dem Krieg hohe Steuern zu zahlen habt, so bedankt euch bei den Sozialdemokraten, die den Frieden ohne Entschädigung wollen", oder: Müssen wir die ungeheuren Lasten selbst tragen, wie Scheidemann es verlangt, so sind wir außerstande, für unsere zu Krüppeln geschossenen Krieger zu sorgen und diese werden zu Bettlern" usw. Die Zettel sind anonym, aber wer dahinter steht, ist unschwer zu erraten.

Der Zweck dieses Treibens ist offenkundig: Kommt jetzt ein Frieden zustande etwa auf Grundlage der Vorschläge der Stockholmer Konferenz, so wollen diese Kreise es ablehnen, den ihnen zukommenden Anteil an den Kriegslasten zu tragen. Sie wollen hohe Steuern auf den Arbeiter wälzen und den Kriegsinvaliden nichts geben, verschanzt hinter der Ausrede: „Hätte man nach unseren Vorschlägen den Krieg noch ein Jahr oder zwei länger geführt, so besäßen wir jetzt Geld die Fülle."

Die Arbeiter und Kriegsteilnehmer aber werden sich auf diese steuerliche Drückebergerei nicht einlassen. Sie werden verlangen, daß auf jeden Fall die Kreise in erster Linie die Kosten tragen, die während des Krieges sich bereichern oder doch ihr Vermögen bewahren konnten. Meinetwegen sollten auch von den Kriegsteilnehmern die Kreise stärker herangezogen werden, die vor den andern für ihre Dienstleistung in der Landesverteidigung hohe Offiziergehälter bezogen haben. Gehälter, die selbst der Konservative Dr. Hahn gegenüber der Löhnung der Soldaten abnorm hoch fand, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie mit diesem Einkommen wirtschaftlich oder unwirtschaftlich verfahren sind. Aber der Mann, der drei Jahre lang für 55 Pfennig den Tag härtesten und schwersten Dienst geleistet und dabei seine geringen Ersparnisse zugesetzt hat, kann verlangen, mit Steuern und Lasten nach dem Kriege in weitestem Maße verschont zu werden.

Die Ausrede „wir haben keine Kriegsentschädigung", wird nicht angenommen. Wenn den Arbeitern nach dem Kriege wirklich hohe Steuern auferlegt und den Kriegsinvaliden keine ausreichenden Renten gezahlt werden, so werden diese sich ganz allein bei denen bedanken und mit denen abrechnen, die diese Steuern beschließen und die Renten drücken.

Die Kriegsteilnehmer konnten solchen Drohungen gegenüber, wie sie nicht nur in Handzetteln ausgesprochen wurden, allerdings sehr wohl die Ruhe bewahren, wenn sie nicht nur einen moralischen Anspruch auf den Dank des Vaterlandes, sondern ihr volles materielles Recht im Staate hätten. Sie werden nach dem Kriege der Zahl nach mindestens zwei Drittel der Wähler ausmachen. Bei demokratischen Zuständen könnten sie angesichts solcher Stärke auf jeden Dank verzichten in dem selbstsicheren Gefühl, aus eigener Kraft ihr Recht durchsetzen zu können.

Aber wie steht es bei uns? Nicht einmal im Reichstag mit seiner schreiend ungerechten Wahlkreiseinteilung sind sie einer ausreichenden Vertretung sicher. Durch das preußische Dreiklassenwahlrecht werden sie völlig an die Wand gedrückt. Aber selbst ein völlig gerechtes Wahlrecht würde die Kriegsteilnehmer nicht sicherstellen. Wie oft hat nicht der Bundesrat wertvolle Reichstagsbeschlüsse in den Papierkorb versenkt. Man denke nur an den Kampf um die Besserstellung der Veteranen von 70/71, wo die Regierung stets erklärte: es ist kein Geld da! Und das war vor dem Kriege!

Wenn gewisse Blätter jetzt krampfhaft schreiben: „Die Fragen der Wahlreform und des parlamentarischen Systems interessieren die Schützengrabenkämpfer gar nicht", so ist das eine Spekulation auf die größte Kurzsichtigkeit. Wahlreform und parlamentarisches System sind keine theoretischen Dinge ohne praktischen Wert, wie man den Kriegsteilnehmern einreden möchte, sondern dahinter steht die Frage: Wer trägt die Lasten dieses Weltkrieges? Keine Wahlreform, kein parlamentarisches System bedeutet: Erdrückende Lasten für die Arbeiterschaft, niedrige Renten für die Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen. Gleiches Wahlrecht und parlamentarisches System aber bedeutet: Abwälzung der Lasten auf die tragfähigen Schultern der Reichen, ausreichende Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen. Der Feldgraue, der sich einreden läßt, daß ihn die Fragen der Wahlreform und des parlamentarischen Systems nichts angehe, würde seine Interessenlosigkeit später bitter am eigenen Leibe büßen.

Dank des Vaterlandes bedeutet daher letzten Endes nichts anderes als: Gebt uns die vollen politischen Rechte, auf die wir Anspruch haben! Ihre Vorenthaltung aber ist Undank, bitterer Undank, der durch keine Reden wieder gutzumachen ist. Gibt man dem Volk, das im Felde und Daheim das Größte geleistet hat, das volle politische Recht, so ist darin jeder mögliche Dank eingeschlossen. Denn das Volk selber hat es dann in der Hand, jede Dankesverheißung in die Tat umzusetzen.

Kriegsnachrichten

Feindliche Mai-Verluste im Westen

Der amtliche Heeresbericht vom 2. Juni teilt mit: Im Mai sind im Westen 237 Offiziere, dabei ein General, und 12 500 Mann an Gefangenen, 3 Geschütze, 211 Maschinen-, 434 Schnelladegewehre und 18 Minenwerfer als Beute von unseren Truppen eingebracht worden.

Kämpfe vor Ostende

Berlin, 6. Juni. (Amtlich.) Feindliche Monitore beschossen am 5. Juni morgens Ostende. Eine größere Anzahl belgischer Einwohner wurde getötet oder verletzt, einiger Sach- und Häuserschaden angerichtet. Stark überlegene Aufklärungsstreitkräfte, die den anmarschierenden Monitoren beigegeben waren, stießen auf zwei unserer Wachtorpedoboote, von denen nach heftigem Gefechte „S. 20", bis zum letzten Augenblick feuernd, zum Sinken gebracht wurde. Ein Teil der Besatzung konnte von uns gerettet werden. Die feindlichen Streitkräfte erhielten mehrere Treffer und zogen sich vor dem Feuer der Küstenbatterien zurück.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

25 823 Kilogramm Fliegerbomben im Westen

W. T. B. **Berlin,** 6. Juni. Das günstige Wetter der letzten Tage gab unseren Bombenfliegern Gelegenheit zu groß angelegten, überaus erfolgreichen Angriffen. Die Streifzüge richteten sich in erster Linie gegen feindliche Anlagen hinter den Hauptkampffronten und erzielten nach Beobachtungen von Flugzeugbesatzungen und unserer Truppen auf der Erde an zahlreichen Stellen ganz gewaltige Wirkungen. Hinter der Champagne-Front erhielt in der Nacht vom 2. zum 3. Juni eine Munitionskolonne einen Volltreffer. Ihre Wagen flogen hintereinander mit hellem Feuerschein in die Luft. Am 3. Juni rief ein Bombenangriff in den Munitions- und Truppenlagern bei Arras mehrere Brände hervor. Ein anderes Geschwader suchte die ganze Nacht hindurch die Anlagen im Vesletal heim und warf nicht weniger als 6750 Kilogramm Sprengstoff ab. Ueber 60 Explosionen, darunter solche von größtem Umfange, wurden gezählt. Die Industriewerke von Neuves-Maisons, südlich Nancy, wurden in derselben Nacht mit 4300 Kilogramm Sprengstoff bedacht. In der Nacht vom 4. zum 5. Juni griffen unsere Geschwader militärische Anlagen nordwestlich Arras, Munitionslager sowie Bahnanlagen hinter der Champagne-Front an. Insgesamt wurden während der drei Tage und Nächte 25 823 Kilogramm Bomben abgeworfen. Die moralische Wirkung war gewiß nicht geringer als die materielle.

Der verschärfte U-Bootkrieg

In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des „N. Pester Journals" äußerte sich der Begründer der Handels-U-Boot-Reederei Dr. Lohmann über die Erfolge des verschärften U-Bootkrieges wie folgt:

„Der Beginn dieser seit dem 1. Februar uneingeschränkten Aktion bedeutet den Beginn des Zusammenbruches der englischen Seeherrschaft. England verfügte damals über 19 Millionen Tonnen. Davon waren 12 Millionen für den Truppen- und Munitionstransport von der britischen Admiralität mit Beschlag belegt, 7 Millionen für den Handelsverkehr bestimmt worden. Von diesen 7 Millionen sind vom 1. Februar bis zum 1. Mai an 3 Millionen versenkt worden. Diese 3 Millionen Tonnen entsprechen etwa 4 Millionen Tonnen Ladegewicht, das heißt 400 000 Waggons (10 000 Güterzüge zu 40 Wagen). Wenn man bedenkt, daß der U-Bootkrieg in unbeschränktem Umfange fortgesetzt wird und England so gewaltige Tonnenmengen weggenommen werden, die nicht zu ersetzen sind, und daß sie aus dem Verkehr zwischen England und Amerika verschwinden, in dem der versenkte Schiffsraum sechsmal im Jahre (auf der Hin- und Rückfahrt) hätte verwendet werden können, so kann man sich vorstellen, wie katastrophal die Verluste für England sind.

Im Frieden bekam Italien jährlich 1 Millionen Tonnen Kohlen von England. Zu Beginn des Krieges hat England den Italienern nur mehr 5 Millionen Tonnen Kohlen geben können. Jetzt ist die englische Kohlenausfuhr nach Italien auf 40 000 Tonnen im Monat, also kaum 5 Prozent der ursprünglichen Quantität, herabgemindert. Nicht der Mangel an Brot ist die größte Gefahr für England, sondern der Verlust seiner Handelstonnage. Dieser wirkt für das Land vernichtend. Der Rekord im Schiffsbau betrug in England im Frieden zwei Millionen Tonnen im Jahre und diese Produktion ist natürlich gegenwärtig absolut nicht zu erreichen."

Dr. Lohmann schloß: „England hat seinen Meister gefunden. Der U-Bootkrieg macht seinen stolzen Träumen von einer Befestigung und Ausbreitung seiner Seemacht auf allen Meeren ein Ende. Man kann schon jetzt ausrechnen, wann England niedergerungen sein wird."

Zusammenbruch der feindlichen Frühjahrs-Offensive

Der Kaiser sandte folgende Drahtung an den Kaiser von Oesterreich-Ungarn:

In zähem Ringen, bereit zu neuen Kämpfen, hat Deine Isonzo-Armee dem mächtigen, hartnäckigen Ansturm des welschen Feindes getrotzt und ihn zum Scheitern gebracht. Dich und die tapferen Truppen Deiner Länder beglückwünsche ich zu dem großen Erfolge. Gott wird weiter mit uns sein!

Wilhelm.

An die Kaiserin telegraphierte er:

Laut Meldung des Feldmarschalls von Hindenburg ist nunmehr die große englisch-französische Frühjahrsoffensive zu einem gewissen Abschluß gekommen. Seit vorigem Spätherbst vorbereitet und vom Winter her angesagt, ist der von gewaltigen Mengen von Artillerie und technischen Hilfsmitteln aller Art unterstützte Ansturm der englisch-französischen Heere

nach siebenwöchigem, harten Ringen gescheitert! Gottes Hilfe verlieh unseren unvergleichlichen Truppen die übermenschlichen Kräfte, um die herrlichen Taten auszuführen und die gewaltigen Kämpfe erfolgreich zu bestehen, die so die Kriegsgeschichte gesehen hat! Alle Helden! Ihre Leistungen gebieten Bewunderung und heiße Dankbarkeit zugleich, die ihnen jeder Deutsche zu zollen verpflichtet ist. Dem Herrn sei Ehr und Preis für solchen Beistand und Dank für solch ein herrlich Volk in Waffen!

Wilhelm.

Zum Jahrestage der Skagerrak-Seeschlacht

schreibt Kapitän zur See a. D. L. Persius im „Berliner Tageblatt“:

Vor einem Jahr, am Abend des 1. Juni, lief die erste Nachricht von der Schlacht vor dem Skagerrak ein. Das deutsche Volk hatte 22 Monate in Geduld verharrt. Fast schien es, als wäre alles Warten vergeblich, als würde unsere Hochseeflotte niemals Gelegenheit finden, im größeren Stil zu zeigen, daß auch ihr der Wille zum Siegen innewohnt. Alle Bemühungen, die ruhmreichen Taten unserer Hochseestreitkräfte zu verkleinern, zerschellen an dem feststehenden Resultat der Schlacht, d. h. die deutsche Flotte fügte der britischen einen Schaden zu, der doppelt so groß als der eigene war.

Seit einem Jahr befolgt nun die britische Flotte, die jetzt unter dem Befehl des Admirals Beatty steht, der in der Schlacht vor dem Skagerrak das Kreuzergeschwader kommandierte, die gleiche Strategie der Zurückhaltung wie im allgemeinen während der ersten 22 Monate des Krieges. Wird es je zu einer zweiten Schlacht der Großkampfschiffsflotten kommen? Der britische Admiral Moresby schrieb im „Manchester Guardian“ einige Zeit nach der Schlacht vor dem Skagerrak (am 28. Oktober): „Ist es denn durchaus nötig, daß wir uns noch einmal der fürchterlichen Gefahr einer solchen Schlacht aussetzen? Ich hoffe nicht. Wenn der Feind mit uns kämpfen will, soll er uns in unseren eigenen Gewässern aufsuchen.“ Bringt der Admiral mit diesen Worten die Ansicht der britischen Flotte zum Ausdruck? Wenn es der Fall wäre, dann allerdings gestünde Großbritannien seine Ohnmacht gegenüber der deutschen Hochseeflotte ein und gäbe zugleich zu, daß durch den 31. Mai und 1. Juni 1916 britischer Angriffsgeist, britischer „Wille zum Sieg“ lahmgelegt wurden. Einen größeren Gewinn als diesen könnte niemand von der Schlacht vor dem Skagerrak erhoffen. Aber wir wollen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen, den Gegner nicht unterschätzen. Wir denken zustimmend an die Worte des Herrn v. Bethmann Hollweg, die er am 5. Juni im Reichstag sprach: „Auch dieser Sieg — die Schlacht vor dem Skagerrak — wird uns nicht ruhmredig machen. Wir wissen, England ist damit noch nicht besiegt, nicht geschlagen.“

Der Jahrestag der größten Seeschlacht der Weltgeschichte weckt noch eine tiefschmerzliche Erinnerung. Proletarier kämpften sie durch! Deutschlands Seeleute, unter denen erfreulich viele Sozialdemokraten sind, wissen aus eigener Erfahrung, was Englands Weltyrannei bedeutet. Auf mächtigen Panzern und schwanken Torpedos wurden Heldentaten begangen, die alles, was das Nibelungenlied und nordische Heldensagen künden, verblassen ließ. Sie gingen für die Freiheit Deutschlands in den Tod. Der ganze deutsche Reichstag erhob sich in stummer Erschütterung wie ein Mann, als die Botschaft des gewaltigen und trotz aller Opfer doch für Deutschland gewonnenen Kampfes einlief. Nur der Abgeordnete Haale blieb mit seinen Freunden sitzen. . . .

Friedensvorarbeit

Die Friedens-Internationale

Stockholm, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegationen der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften nahmen heute die Verhandlungen mit dem holländisch-skandinavischen Komitee unter dem Vorsitz Troelstras auf. Der Vorsitzende begrüßte sie freundlichst, wobei er die besondere Bedeutung der Verhandlungen mit der Vertretung der deutschen Sozialdemokratie hervorhob. Ebert dankte namens der deutschen Delegation, die zu wirksamer Friedensarbeit nach Stockholm gekommen sei. Nachdem man sich über die geschäftlichen Methoden der Verhandlungen verständigt hatte, gab Scheidemann ein ausführliches Referat über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu Kriegs- und Friedensfragen. An der Aussprache beteiligten sich van Kol, Branting und Troelstra. Dann wurden die Verhandlungen auf Mittwoch früh vertagt, weil einige Mitglieder des Komitees am Dienstag verhindert sind. In Stockholm erschien die erste Nummer des Russlands-Bulletins der Bolschewiki. Nachdem der Parteikongreß der Bolschewiki bereits keinen Anschluß an die Zimmerwalder erklärt hatte, beschloß die Exekutive den Austritt für den Fall, daß die Zimmerwalder an der Stockholmer Konferenz teilnehmen. In diesem Falle werde man an die wahrhafte Internationale der Arbeiter appellieren. Die Exekutive fordert eine allgemeine Abstimmung der Front, ob sie die Fortsetzung des Krieges wünsche.

Kopenhagen, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Sitzung mit der deutschen Delegation dauerte bis 1 Uhr mittags. Vorläufig wurde nichts über sie veröffentlicht. Doch verlautet, daß Erklärungen von deutscher Seite über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie abgegeben wurden, worauf das Komitee Fragen über die Kriegsziele zustimmte. Nach der Aufnahme von Alberda, Hupsmans und Branting ist die Situation als hoffnungsvoll anzusehen. Die Rede Ribots wird von ihnen als ein Agitationsmittel für den Frieden benutzt. Denn nach dieser Rede müsse sich ja jedes Dorf in Frankreich mit dem Friedensproblem der Stockholmer Konferenz beschäftigen. Das französische Volk wünsche den Frieden, und diese Stimmung müsse die Regierung nicht veranlassen, Pässe für Stockholm auszustellen.

Stockholmer Verhandlungen

Berlin, 7. Juni. Dem „Vorwärts“ wird aus Stockholm berichtet: Für die Verhandlung mit der Vertretung der deutschen Sozialdemokratie sind die Tage bis Freitag, vielleicht bis Sonnabend in Aussicht genommen. Die Vertreter der Unabhängigen treffen Freitag in Stockholm ein, es wird aber kaum vor Montag mit ihnen verhandelt. Weiter heißt es: Trotz der Rede Ribots erwartet das holländisch-skandinavische Komitee bestimmt die baldige Ankunft Renaudels und Longuets. Es steht fest, daß Roberts und Clynes von der Arbeiterpartei, Macdonald von der vereinigten unabhängigen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Partei bereits unterwegs sind.

[illegible] für Verhandlungen durch die sozialistische Internationale

W. T. B. Petersburg, 4. Juni. (Meldung der K. A.) Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht einen Aufruf an die sozialistischen Parteien und Hauptarbeiterverbände in der Welt, in dem es u. a. heißt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß das Ende des Krieges und die Herstellung des Weltfriedens d. h. die gemeinsamen Interessen der Arbeitermassen und der gesamten Menschheit gefordert wird. Dies kann die sozialistische Demokratie nur durch die vereinigten zwischenstaatlichen Bemühungen der Arbeiterparteien und Syndikate der kriegführenden und neutralen Länder im Interesse eines tatkräftigen und zähen Kampfes gegen das allgemeine Gemetzel erreichen. Der erste notwendige Schritt zur Begründung einer solchen zwischenstaatlichen Bewegung ist die Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz. Die Einberufung der Konferenz wird ebenso gebieterisch von den gemeinsamen Lebensinteressen des Proletariats wie aller Völker gefordert. Die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklassen, die diese Meinung teilen und bereit sind, ihre Bestrebungen zu vereinigen, um sie zu verwirklichen, werden vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgefordert, an der von ihm einberufenen Konferenz teilzunehmen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wählt als Ort der Konferenz Stockholm und als Zeitpunkt der Zusammenkunft die Tage zwischen dem 28. Juni und dem 8. Juli.

Die Entscheidung der französischen Sozialisten

Kopenhagen, 29. Mai. (Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Diskussion des Nationalrats der französischen Sozialisten über die Beteiligung an der Konferenz von Stockholm gestaltete sich äußerst lebhaft. Die von der Mehrheit eingebrachte Resolution war von Renaudel entworfen und wurde von Guesde vertreten. Auch Sembat setzte sich entschieden für die Nichtbeteiligung ein. Die Resolution der Minderheit, die von Longuet eingebracht und von Mistral vertreten wurde, spricht sich für die Entsendung einer Abordnung nach Stockholm, jedoch gegen einen russischen Separatfrieden aus, sie verlangt Entscheidung der elsaß-lothringischen Frage durch eine Volksabstimmung und verzichtet auf Kriegsentschädigung.

Die schließlich angenommene dritte Resolution stellt ein Kompromiß dar, das zu dem Zweck eingebracht und angenommen wurde, eine Spaltung der Partei zu verhüten.

Renaudel über die friedensfreundliche Wendung der französischen Partei

Kopenhagen, 30. Mai. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) In einem Leitartikel der „Humanité“ bespricht Renaudel den Beschluß des Nationalrats der französischen Sozialdemokratie, sich an den Stockholmer Konferenzen zu beteiligen, nicht nur in zustimmendem, sondern gerade in begeisterstem Sinne. Er überschreibt seinen Artikel: „Für einen gerechten Frieden!“ und führt darin aus, die französischen Sozialisten hätten das stolze Bewußtsein, durch die Wiederaufnahme der Arbeit für die internationale Bewegung ihrem Vaterlande einen Dienst geleistet zu haben. „Ein neues Licht strahlt für das Auge der Welt.“

Die anderen sozialistischen Zeitungen heben hervor, daß es gelungen sei, eine plötzliche Einigung zwischen Mehrheit und Minderheit zu erzielen.

Das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm sandte gestern, als die Nachricht vom Beschluß des Nationalrats eintraf, nach Paris eine begeisterte Glückwunschdepesche.

Borgbjerg über das französische Bekenntnis für Stockholm

Kopenhagen, 29. Mai. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Im „Sozialdemokraten“ feiert Borgbjerg den Beschluß des französischen Nationalrats als Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Er schreibt, der überwältigende Sieg der Friedensbewegung sei eingeleitet worden durch die Einladung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, die Cachin und Moutet überbrachten. Die französischen und englischen Delegierten waren abgesandt worden, um die russische Sozialdemokratie in entente-chauvinistischem Sinne zu beeinflussen. Aber es kam gerade umgekehrt, der Arbeiter- und Soldatenrat beeinflußte die Abgeordneten der Entente in sozialistisch-friedensfreundlichem Sinne. Das russische Programm des Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist jetzt die Grundlage der Friedensarbeit für die Sozialdemokratie aller Länder geworden. Es hat sich gezeigt, daß der Weg nach Frankreich über Rußland geht. Und jetzt wird der Weg nach England über Frankreich gehen. Nachdem sich auch die Sozialdemokratie Amerikas, Italiens, Deutschlands und Oesterreichs dem Kongreßgedanken angeschlossen hat, wird auch die Sozialdemokratie Englands nicht zurückhalten können.

Englische Vernunft gegen Ribot

Rotterdam, 2. Juni. Nach „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt „Daily Chronicle“ anläßlich der Rede Ribots in der französischen Kammer: Wir erlauben uns die Klugheit des Beschlusses, keine Pässe für den Besuch der Stockholmer Konferenz zu bewilligen, anzuzweifeln. Wenn die Sozialisten aller Länder einander zu treffen wünschen, um Friedensgedanken auszutauschen, so besteht kein Grund, warum man sie daran hindern sollte. Ihre Beratungen können sogar gute Ergebnisse haben. Wir sehen kein einziges Anzeichen dafür, daß die Sozialisten sich die Aufgaben der Regierungen anmaßen wollen.

Kriegsproteste in Newyork

Kopenhagen, 5. Juni. Die Londoner „Daily News“ veröffentlicht eine Meldung aus Washington, daß die Sozialisten im ganzen Lande Protestversammlungen gegen den Krieg abhalten und das Recht verlangen, sich auf der Stockholmer Konferenz vertreten zu lassen. Die Wehrpflichtigen halten gleichfalls Protestversammlungen ab und die „deutschen Agenten“ seien wiederum daran, die Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Von offizieller Seite wird offen zugegeben, daß die gegenwärtigen Zustände nicht befriedigend seien. Am Freitag abend wurde in Newyork eine Aufsehen erregende Kundgebung abgehalten, die der Stadt das Gepräge des Belagerungszustandes gab. Autos durchfuhren die Anlagen von Madison Square, wo sich 15 000 Menschen versammelt hatten. Feldtelegraphen waren eingerichtet. Polizisten mit geladenen Gewehren hielten Wache. Ein sozialistischer Redner verlangte, der Präsident solle abermals seine amerikanischen Friedensbedingungen spezifizieren und seine Aeußerungen über einen Frieden ohne Sieg bestätigen. Sämtliche Reden wurden auf Veranlassung des Justizministeriums stenographiert. „Morning Post“ zufolge bot die Regierung alles auf, um jeden Aufruhrversuch zu ersticken. Nicht nur im Lande wurden die Wehrpflichtgegner verhaftet, sondern die Newyorker Polizei gab Freitag abend den Sozialisten und den deutschen „Konspiratoren“ eine nachdrückliche Warnung.

Rumänische Friedenssehnsucht

W. T. B. Berlin, 3. Juni. Die Friedenssehnsucht des russischen Volkes und Heeres beginnt auch auf die Rumänen überzugreifen. Gefangene Rumänen sagen aus, daß am 14. Mai in Jassy, Roman und Bacau große Friedenskundgebungen stattfanden.

Politische Rundschau

Ostdeutsche Schwerindustrielle für Kriegsverlängerung

Dem Aufrufe wirtschaftlicher Verbände gegen einen sogenannten „Scheidemannschen Verständigungsfrieden“ hat sich auch neuerdings der Vorstand des Verbandes Ostdeutscher Industrieller E. V. angeschlossen. Die Verbandsschrift „Ostdeutsche Industrie“ bemerkt dazu:

„Bei der Erörterung wird ausdrücklich betont, daß es sich nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine rein nationale Angelegenheit, dazu eine Frage von höchster Wichtigkeit für die Zukunft der ostdeutschen Industrie handelt, die das ihr fehlende Hinterland unter allen Umständen erhalten muß. Aus diesem Gesichtspunkt erachtet es der Vorstand geradezu als seine Pflicht, den Aufruf mitzuunterzeichnen, und beschließt demgemäß.“

Wundern darf man sich über diesen volksfeindlichen Beschluß nicht. In dem Verbande ist Geheimrat Ziese-Schichau, Elbing, maßgebend. Höchstens darf man staunen, daß sonst so vorsichtige Leute ganz offen mit ihren Interessen an der Fortsetzung des Völkermordens und der Entfernung des Reichskanzlers hervortreten. Dem Verbande gehören mindestens die Magistrate von Königsberg, Danzig und Elbing als Mitglieder an. Die Bürgerschaft dieser Städte hat nicht das geringste Interesse an einer „Kulturpolitik“ des industriellen Großkapitals, die ohne Unterjochung fremder Völker nicht möglich ist und dazu grenzenloses Blutvergießen fordert. Es ist Pflicht der Arbeitervertreter, nach diesem gemeingefährlichen Beschluß, der das Interesse der Städte aufs schwerste verletzt, an die Magistrate die Frage zu richten, wie sie die Mitgliedschaft in der Organisation der industriellen Kriegsscharfmacher noch länger verantworten wollen. Als „Eingetragener Verein“ ist dem Industriellen-Verbande übrigens jede politische Betätigung gesetzlich verboten.

Die gerüffelten Revolutions-Exzellenzen!

Die antisemitische „Deutsche Staatsbürgerzeitung“ bringt eine Mitteilung, über die die alldeutschen Blätter bisher schwiegen. Das Blatt erzählt von einem ungnädigen Handschreiben, das nach der bekannten Adlon-Konferenz an gewisse Exzellenzen erging. Darin ist gesagt worden, daß die Höchste Stelle sich eine Agitation verbitte, die darauf hinausgehe, sie zur Entlassung des Kanzlers zu zwingen. „Das läuft auf die Verneinung meiner politischen Urteilskraft hinaus. Ich befehle Ihnen, sich von jeder politischen Betätigung fernzuhalten.“ — An jener Adlon-Tagung nahmen nach dem „Berl. Tagebl.“ nur die Exzellenzen teil: Gesandter z. D. v. Reichenau, Fürst Salm-Horstmar und Admiral v. Knorr.

Konservative Revolutionäre.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte am Sonnabend eine Zuschrift des konservativen Abg. Grafen von der Gröben, die folgendes ausführt:

„Es ist erfreulich, daß Frhr. v. Gebsattel die Verantwortung für sein Schreiben ganz auf sich nimmt, den Alldeutschen Verband somit keinerlei Verantwortung trifft. Frhr. v. Gebsattel muß damit rechnen, daß sein Schreiben früher oder später veröffentlicht werden würde; denn er hat es allen Bundesregierungen zugesandt, es konnte somit gar nicht geheim bleiben. In einem solchen Schreiben bei Ueberreichung von politischen Forderungen — möge sie auch noch so berechtigt sein — auch nur das Wort Revolution zu brauchen, ist alles andere, nur nicht konservativ. Es verschlägt nichts, daß Frhr. v. Gebsattel betont, er habe das Wort nur als Warnung, nicht als Drohung gebraucht, in seiner Wirkung auf die Oeffentlichkeit kann es die Treue gegen König und Vaterland nicht fördern.“

Graf v. d. Gröben hat wohl übersehen, daß der Alldeutsche Verband dem General für seinen Brief noch seinen ganz besonderen Dank ausgesprochen hat.

Wie aber die Konservativen sonst die „Treue gegen König und Vaterland“ fördern, zeigt ein Artikel des Herrenhausmitgliedes von Herzberg-Lotin in der „Pommerschen Tagespost“, abgedruckt in der „Kreuzzeitung“ vom Sonntag. Der Mann zieht folgendermaßen vom Leder:

„Wenn der Herr Reichskanzler sich nicht noch eine Minute vor Zwölf zum deutschen Staatsmann entwickelt, dann hat das deutsche Volk sein bestes Blut nur für die Ziele der goldenen (jüdischen) und roten Internationale vergossen und alle mit größter Geduld getragenen Beschwerden und Entsagungen für internationale Pläne und Zukunftshoffnungen erlitten.

Herr Kanzler! Noch ist es Zeit, ein deutsches Wort zu sprechen. Geschieht das nicht von Ihnen, dann muß das Volk über den Reichstag, dessen Zusammensetzung sicher nicht mehr der des Volke herrschenden Stimmung entspricht, und über Sie hinweg einmütig aussprechen, daß es nicht gewillt ist, sich um den Siegespreis für die großen Opfer bringen zu lassen, sondern daß es nach einer Staatsleitung verlangt, die die Zeichen der Zeit versteht und rücksichtslos danach handelt.“

Das ist wiederum ganz die Sprache des Revolutionsgenerals. Die Frage, wie die konservative Partei grundsätzlich zur Revolution steht, wird immer unklarer. Wäre es nicht am besten, sie auf dem nächsten konservativen Parteitage zu entscheiden?

8. Jahrgang
Nr. 23

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
9. Juni 1917

Der 23. Westpreußische Städtetag

tagte am 4. Juni in Danzig. Diesmal wurde dem Städtetag ein weit größeres Interesse entgegengebracht als irgend einem seiner Vorgänger. Das war schon rein äußerlich und vor allem an der großen Zahl der Teilnehmer erkenntlich. Unter ihnen überwiegen beträchtlich die Bürgermeister und Stadträte. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß es insbesondere zwei Gegenstände der Tagesordnung waren, die das lebhafte Interesse an den Verhandlungen weckten, und zwar ein Vortrag des Geheimen Baurats Professor Ehlers über „Binnenwasserstraßen des Ostens" und die Vorträge über „Die Staatsverwaltungsreform und die Städte", die die Herren Oberbürgermeister Dr. Merten, Elbing, und Bürgermeister Erdmann, Neustadt, erstatteten. Vor Beginn der Verhandlungen fand eine sehr nützliche Besichtigung der städtischen Schweinemästerei, der Wurstmacherei und des Speisehallenbetriebes auf dem Schlachthof statt. Der Andrang hierzu war so stark, daß die Führung in zwei Abteilungen erfolgen mußte. In der Schweinemast befinden sich gegenwärtig 210 Tiere von verschiedenen Gewichtsklassen. Einige liebe Borstentiere mögen wohl gut 3 Zentner schwer sein. Vor zwei Jahren stellten wir bekanntlich den Antrag auf Einrichtung einer städtischen Schweinemästerei. Damals wehrte sich Oberbürgermeister Scholtz noch entschieden, Schweinemäster zu werden. Und heute hat die Not der Zeit ihn doch zur Einrichtung der Schweinemästerei veranlaßt. Gefüttert werden die Tiere mit den in Danzig gesammelten Küchenabfällen, den Speiseresten aus den Speisehallen und entsprechenden Mengen Kraftfutter, das die Stadt zugewiesen erhält. Die Wurstmacherei entspricht durchaus einem wohl organisierten, mit den neuesten maschinellen Einrichtungen versehenen Großbetrieb. Von der Güte der hier erzeugten Produkte konnten sich die Teilnehmer durch geringe Kostproben überzeugen. Dem Speisehallenbetrieb wurde allgemeine Anerkennung gezollt. Hier thronte als technische Leiterin die Genossin Käthe Leu, die auf gestellte Fragen bereitwilligst Auskunft gab. Nach Prüfung der zubereiteten Speisen durch die Teilnehmer und Besichtigung der Tausendliterkessel, strömten die Delegierten dem Verhandlungslokal zu. Wenn die Besichtigung dieser städtischen Einrichtung dazu führen sollte, den großen Wert solcher Einrichtungen für die Allgemeinheit den Oberhäuptern der Provinzstädte zu Gemüte zu führen und sie zur Nachahmung zu veranlassen, so können auch wir mit dem Erfolg zufrieden sein. Wir hätten nur noch den Wunsch, daß auch den Danziger Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden möge, diese nützliche Einrichtung unter sachgemäßer Führung in Augenschein zu nehmen. Vielleicht gibt der Magistrat dem großen Arbeiterausschuß hierzu Gelegenheit. Die Verhandlungen des Städtetages wurden programmmäßig erledigt. Der Geschäftsbericht bot wenig Interesse. Um so mehr Beachtung fand das Referat des Geheimen Baurats Ehlers über die Binnenwasserstraßen des Ostens. Ehlers ist kein Rhetoriker. Trotzdem verstand er es, seine Zuhörer zu fesseln. An Hand mehrerer Karten und gutem Zahlenmaterial wies er die Nützlichkeit neuer nordöstlicher Wasserstraßen für die wirtschaftliche Entwicklung westpreußischer Städte, insbesondere Danzigs, nach, die von der Versammlung in Form einer Entschließung gefordert wurde. Die nächsten Referenten, Oberbürgermeister Dr. Merten, Elbing, und Bürgermeister Erdmann, Neustadt, sprachen, wie schon erwähnt, über die Staatsverwaltungsreform und die Städte. Sie forderten beide mehr Freiheiten für die Städte auf den verschiedensten Gebieten. Sie „erwarten von der Verwaltungsreform eine wesentliche Stärkung der Selbstverwaltung durch Einschränkung der Staatsaufsicht und Ueberweisung weiterer Staatsaufgaben zu eigener Reglung und Verantwortung", wie es in der angenommenen Entschließung heißt. „Das Bestätigungsrecht," so führte der erste Redner Dr. Merten aus, „muß geändert und den einzelnen Gemeinden das Vertrauen geschenkt werden, daß sie staatsfeindliche Elemente fernzuhalten wissen." Der andere Redner war offenbar mit dieser Formel nicht einverstanden. **Er erklärte in allem Ernst die staatliche Aufsicht für nötig, „um ungeeignete staatsgegnerische Elemente von den Magistraten fernzuhalten."** Herrn Erdmann schien aber bei Aufstellung dieser eigenartig anmutenden „reformerischen" Forderung nicht ganz wohl zu sein, denn er meinte sogleich, daß er diese Forderung stelle, obwohl er wisse, dadurch als Reaktionär verschrien zu werden. Reaktionär ist diese Forderung allerdings in hohem Maße. Glaubt Herr Erdmann denn wirklich daran, daß es möglich werden könnte, „ungeeignete staatsfeindliche Elemente" in die Magistrate zu wählen? Wenn er den Glauben tatsächlich haben sollte, dann beweist das nur, daß er aus dem engen kleinstädtischen Rahmen, in den er seit vielen Jahren eingespannt ist, nicht heraus kann. Er hätte sich, wenn er an der Besichtigung auf dem Schlachthof teilgenommen hat, von dem Führer der Teilnehmer, Dr. Löhning, eines anderen belehren lassen können. Dieser Herr sprach sich sehr lobend über die Mitarbeit der Arbeitervertreter bei der Leitung des Speisehallenbetriebes aus und meinte, daß selbst mit den radikalsten Elementen gute Erfahrungen gemacht seien. Allerdings wissen wir nicht, was Herr Erdmann unter ungeeignete staatsfeindliche Elemente versteht. Sollte er aber uns Sozialdemokraten meinen, so muß seine Aeußerung auf jeden fortschrittlich gesinnten Menschen abstoßend und verbitternd wirken.

Von einer Verbesserung des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhause oder des kommunalen Wahlrechts wollten beide Referenten offenbar nichts wissen. Denn keiner sprach davon auch nur ein Wort. Verlangt wurde eine Reform des Provinziallandtages in dem Sinne, daß darin mehr Städtevertreter Sitz und Stimme erhalten. Die gleiche Forderung wurde gestellt an die Reform des Herrenhauses des Preußischen Landtages. Ueber die vielfach geübte Bevormundung der kleinen Städte durch übergeordnete Behörden fiel manch treffendes Wort. Ueber Ernährungsfragen sprach der Leiter des Kriegsernährungsamts Dr. Grünspan. Der Redner behandelte das Thema mit großer Sachkunde. Er hatte der Versammlung gedruckte Leitsätze seines Vortrages vorgelegt, die mit dem Stenogramm seiner Rede, den in Frage kommenden Stellen übermittelt werden sollen.

Nach Entlastung des Kassenführers und Neuwahl des Vorstands hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Abgesehen von den Referaten, die nach mancher Richtung hin zweckmäßige Anregungen brachten, machte der Städtetag gerade keinen geistig regsamen Eindruck. Die Referate wurden sämtlich ohne Diskussion hingenommen. Von einer so ausgewählten Versammlung hätte man eigentlich etwas mehr geistige Regsamkeit erwarten können.

Danziger Nachrichten

Die sterbenden Glocken

„Wird mich erst der Rechte läuten, wird es deinen Tod bedeuten", so spricht die Glocke zur Kanone in einem gedankentiefen Gedicht von Chr. Morgenstern. Jetzt aber brüllen noch die Kanonen in vieltausendstimmigem Chor, die Glocken aber müssen sterben. Sie sterben nicht nur dort, wo Granaten ihre Kirchen zerfetzen, die Türme stürzen. Sie werden im ganzen Lande dem Kriege geopfert. Eine Zeile in der Zeitung sagte uns, daß nunmehr damit begonnen werde, die beschlagnahmten Glocken aus ihrem Reiche des Klanges herabzuholen. Der Krieg frißt auch sie. Und gerade in diesen Tagen lauschen wir mit verhaltenem Atem auf den Gesang der Glocken, ob nicht leises Klingen des Friedens darin webe. Die Hoffnung ist aufgestanden, da Männer verschiedener Zungen sich wieder zusammenfinden und so sprechen, daß sie einander verstehen.

Die Glocken haben uns durch die Kriegszeit begleitet. Sie waren unserem Leben der Arbeit und des friedlichen Strebens Weggenossen. Ob der Mensch in altersgrauen Kirchen den Lenker seiner Geschicke sucht oder in Feierstunden hinausgeht in den lichten Dom der Natur, es klingen ihm die Glocken. Sie richten dem spielenden Kinde die Augen aufwärts und tönen über offene Gräber. Sie gehören nicht dem Christentum und der Kirche allein, sie klingen allen Menschen. Sie geben unserm Leben den Rhythmus hohen Empfindens und wecken tiefernstes Denken. Ihr Klang ist mit uns, mit den Völkern, mit ihrer Geschichte verwachsen, denn er lebt seit Jahrtausenden. Nun soll er versinken im wilden Getöse dieses Krieges? Das ist ein grausames Symbol für die Härte dieses Völkerkrieges und ein Zeichen, wie groß seine Gewalt ist. Er reißt an sich, was Jahrhunderte gehütet haben.

Glocken läuteten auch, als 1912 in dem Basler Münster Arbeitervertreter der europäischen Völker einzogen und mit Waffen des Geistes und Herzens den Frieden schützen wollten. In dieser Zeit war der Balkankrieg entbrannt, das Vorspiel des grausen Weltdramas. Im Geläut der Glocken rief ein großer Franzose das Motto zu Schillers Lied von der Glocke der Welt als Mahnung zu. Eine Mahnung, die aus dem edlen Herzen kam, das als erstes im Kriege verblutete. „Den Lebenden rufe ich." Die Lebenden, in deren Hände die Machtmittel des Krieges gelegt waren, standen schon zu sehr unter seiner Gewalt. „Die Toten beklage ich." Die Klagen verstummen, denn — die Glocken sterben. „Die Blitze breche ich." Die Glocken werden umgeschmolzen und schleudern selbst Blitze. So mächtig ist der Krieg geworden und so arm hat er uns gemacht.

In Geschichten und Dichtungen lesen wir, daß in früherer Zeit immer die Glocken die Kunde von Land zu Land getragen haben, wenn Kriegsnot überstanden war und der Friede einherzog. Auch als der Dreißigjährige Krieg beendet war — so wird uns berichtet —, erhoben die Glocken ihr Klingen. Die Menschen traten zueinander und weinten. Der jetzige Krieg verschlingt auch manche Glocke, die damals noch läutete. Wenn unser Frieden kommt, dann sind auch die Glocken gestorben. Die Menschen werden nur weinen . . . .

Der Gesangverein Sängergruß

veranstaltet am Sonntag den 10. Juni einen Dampferausflug nach Krakau. Abfahrt um 1 Uhr vom Grünen Tor. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und Freunde ist erwünscht.

Der Wintergarten

bringt auch im neuen Spielplan ein Programm, das die Besucher auf das angenehmste unterhält. Die Hauptnummer der zahlreichen Darbietungen ist diesmal wohl der armlose Künstler Rudi Sartoni. Verblüffend hat er sich mit seinem tragischen Geschick auszusöhnen verstanden und den Beweis erbracht, daß man durch Fleiß und Willenskraft manches unmöglich scheinende ermöglichen kann. Mit großem Geschick bedient er sich statt der fehlenden Arme der Füße bei mancherlei „Handgriffen", wie beim Anzünden einer Zigarette oder wenn er sich selbst rasiert. Dazu hat er es auch zur ansehnlichen Kunstfertigkeit beim Spiel des Xylophons und der Geige gebracht. Neben ihm bietet der bekannte Humorist Otto Röhr eine wesentliche Bereicherung des Programms. Seine Kuplets sind von außerordentlicher Wirkung und gewinnen dadurch, daß der Vortragskünstler sie selbst am Flügel begleitet. Reichliche Heiterkeit erweckten auch das komische Musikerpaar E. und O. Markgraf-Romelly. Als Meister der tanzenden Muse erwiesen sich Mary und Alfred Ree und die Lorleys in verschiedenen charakteristischen Tänzen. Tanzkünstler sind in gewissem Sinne auch die Rämbler, die mit großer Sicherheit zehn Teller in der Luft tanzen lassen. Da sich mit der Güte der Darbietungen auch die Temperatur aufwärts entwickelt hat, ist dem Wintergarten ein zahlreicher Besuch wohl sicher.

Der Opfertag des Herzens

Ein alter nichtsozialdemokratischer Danziger sendet uns diese Zuschrift: In einiger Zeit soll hier wieder eine große Sammlung abgehalten werden, wie wir sie schon so oft gehabt haben. Sie soll wieder den pompösen Namen Opfertag bekommen. Es gibt viele Danziger, die sich nicht zur Sozialdemokratie zählen, aber in dieser Partei die einzig liberale und wirklich demokratische schätzen, die mit diesen Sammeleien gar nicht einverstanden sind. Die Volkswacht hat ganz recht, wenn sie früher schrieb, daß dadurch doch bloß das Portemonnaie der Reichen durch die Mildtätigkeit der Armen entlastet wird. Man kann nichts dagegen haben, wenn außergewöhnlich zu besonderen Zwecken auch mal, so für die U-Boot-Spende, dieser

Die goldene Zeit

Dämmert und predigen wird der Messias:
Lebt in Frieden und baut euer Zelt,
viel, ach, müßt ihr noch lehren und lernen;
ein Herz schlägt durch die ganze Welt,
ein Geist flutet von Sternen zu Sternen.
Ruft drum als Losung von Land zu Land:
Eins sei die Menschheit von Zone zu Zone,
erst wenn sie staunend sich selbst erkannt,
dann erst ist sie der Schöpfung Krone!

Arno Holz.

Herweghs 100. Geburtstag

Am 31. Mai war der 100. Geburtstag des Dichters Georg Herwegh, der wie kein zweiter die deutschen Geister aufgerüttelt und der Revolution 1848 die Wege geebnet hat. Er ist ein Sohn des Schwabenlandes, das uns so manchen Freiheitsdichter schenkte. Im Alter von 25 Jahren gab er seine ersten Gedichte unter dem Titel „Gedichte eines Lebendigen" heraus und wurde dadurch mit einem Schlage berühmt. Er hat dem Empfinden seiner Zeitgenossen poetischen Ausdruck gegeben. Nachdem er in Tübingen, seiner Heimat, Theologie studiert hatte, siedelte er nach der Schweiz über. Von dort aus hat er durch seine Lieder die revolutionären Leidenschaften zur Gluthitze angefacht. Heinrich Heine nannte ihn die „eiserne Lerche". Später siedelte Herwegh nach Paris, und unternahm von dort aus 1848 an der Spitze einer Freischar einen Einfall ins badische Land, der aber gänzlich mißglückte. Dann ging er wieder nach der Schweiz, kehrte aber 1866 nach der Amnestie nach Deutschland zurück und nahm seinen Wohnsitz in Lichtenthal bei Baden-Baden, wo er am 7. April 1875 gestorben ist. Wohl war sein Traum von dem einigen deutschen Reich erfüllt. Aber die Bismarcksche Politik stieß ihn ab, so daß er sich am öffentlichen Leben nicht beteiligte. Herwegh war ein intimer Freund Lassalles, dem er 1863 das Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins widmete, aus dem in Arbeiterversammlungen die nachstehenden Zeilen oft zitiert worden sind:

Mann, der Arbeit, aufgewacht,
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Wenn der Arbeiter seine Macht gebrauchen will, so genügt nicht allein der starke Arm, sondern es muß die Einigkeit dazu kommen. Herwegh blieb den Idealen seiner Jugend treu. Den Arbeitern ist er unvergeßlich.

*

Herwegh als Politiker.

Einige politische Urteile des Dichters über die Königsberger Liberalen seiner Zeit, die die „Hartungsche Zeitung" in Briefen an seine Braut wiedergibt, sind auch heute noch aktuell. Am 27. November 1842 schreibt er der Geliebten aus Königsberg:

„. . . . Etwas, was ich an allen Liberalen unserer Zeit vermisse und auch bei den Königsbergern, ist ein gewisser idealer Anflug. Sie sind alle klug, brav, munter, rührig — ja, sie sind nobel, was man so unter nobel versteht, aber sie besitzen doch nicht jene Noblesse, jenen Adel, jenes Ehrfurchtgebietende, wonach mein Gemüt wenigstens überall verlangt."

In einem Briefe an die Braut vom 28. November 1842 urteilt er:

„Eben war eine kleine Deputation von Studenten in Gala bei mir, um mir zu erklären, daß man von Seiten der Behörden einer etwaigen Demonstration bereits zuvorgekommen sei. Es ist gut, daß nicht viel Leute nach Königsberg reisen; in der Ferne und aus der Ferne flößt auch das mehr Respekt ein, als in der Nähe betrachtet; man denkt sich die Anzahl freisinniger Männer viel größer, als sie in der Tat ist; und unter diesen Freisinnigen selbst hat es wieder sehr bescheidene Exemplare. Politisches Geschick ist hier so selten, wie überall in unserm guten Vaterlande; noch ungemein viel Vertrauen auf den guten König; Republikaner sind spärlich gesät. Die Bürgerschaft indifferent; die Frauen besser als die Männer. Poesie fehlt. . . . Mit der liberalen Bourgeoisie werden wir nie siegen, wir müssen die Sympathie der Massen suchen, sonst geht es nicht, und wird ein Sieg immer nur ein momentaner sein. Mein Dichten und Trachten ist nun, etwas hinauszuschleudern, was die Menge packt und ergreift. Ein gelungenes Lied wäre hinreichend; warum kann ich keine Marseillaise schreiben?"

*

Emma Herwegh.

Am Tage Herweghs soll auch der Vollnatur Emma Herweghs gedacht sein. Ihren leidenschaftlichen Kampfeifer für Volkes- und Geistesfreiheit wußte sie mit ihrer Liebe zu dem Dichter dieser Freiheit zu einer hohen Flamme zu vereinen. Wie groß und frei diese seltene Frau dachte, sollen einige Stellen aus ihren Briefen der Jahre 1842/43 zeigen. Sie sind „G. Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut" entnommen, der mit zahlreichen anderen Herwegh-Dokumenten versehen bei Rob. Lutz in Stuttgart erschienen ist.

Jeder Mensch sollte ein Flügel seiner Zeit werden, aber die meisten sind Blei.

*

Ich will nicht nur der Gefährte Deines Glückes sein, ich will und muß alles mit Dir teilen. Nur wen wir gering schätzen, laden wir allein zum Freudenmahle ein, die geliebten Personen sind lebenslänglich zum Geleit angenommen.

*

Wenn Du Dich ganz vergißt über der Idee, wenn Dein Herz ein weitgeöffnet Feld für die leidende Menschheit, jeder Atemzug einer Träne gleicht um Dein gefesselt Volk, jedes Wort einem flammenden Befreiungsschwerte — dann bist Du meine Welt, mein Schatz.

*

Wenn ich Dich dem Volke, und wäre es nur um eine Kleinigkeit, entzöge, ich würde es mir nie vergeben.

Du sollst und mußt noch viel in der Welt, denn mit Deinen Kräften verdient man nur seine Existenz, wenn man Großes leistet.

*

Wenn der Eindruck eben nur Eindruck bleibt, nicht zur Tat wird, dann hol' der Kuckuck die ganze Schreiberei. Nur aus den Massen der Proletarier ist jetzt ein Opfer zu erwarten.

Weg gegangen wird. Die Stadt soll aber ihre [illegible] aus ihren eigenen Einnahmen decken und sie nicht den [illegible] Leuten aufladen, die aus Mitgefühl noch am meisten geben. In diesem Falle muß man sich um so mehr gegen das falsche Verfahren wenden, weil es sich um milde Gaben für die Frauen und Kinder unserer Danziger Krieger handelt. Die Aufforderung zu dem neuen Sammeltag sagt, daß alle, die ein Herz haben, sich daran beteiligen müssen. Das ist eine schwere Beleidigung für alle diejenigen Bürger, die gerade im Interesse unserer Kriegerfrauen nicht wollen, daß sie noch immer auf milde Gaben angewiesen sind. Alle Danziger, die wirklich Herz und Gefühl haben, können es nicht verstehen, daß die Danziger Kriegerfrauen nach drei langen Jahren dieses Krieges noch immer bloß freiwillige Gaben bekommen sollen. In Danzig müssen sie, allein von allen deutschen Großstädten, bitten und immer wieder bitten gehen, wenn sie etwas brauchen, wozu die niedrige Staatsunterstützung nicht ausreicht. Die Stadt zahlt große Summen aus unseren Steuern für die Kriegshilfe. Die Kriegerfrauen erhalten aber doch bloß milde Gaben. Unter unseren früheren Oberbürgermeistern wäre so etwas nicht möglich gewesen. Delbrück hätte es nicht zugelassen und Heinrich Ehlers erst recht nicht. Er ist immer stolz darauf gewesen, daß er aus einer Bauernfamilie abstammte und eine Volksschule besucht hat. Er hatte auch ein Herz für die Armen und wußte, wie sauer es wird, für sein gutes Recht bitten zu müssen. Wer aber jetzt ebenso denkt und für unsere Kriegerfrauen dasselbe fordert, was sie in allen anderen deutschen Großstädten bekommen, der soll herzlos sein? Derjenige hat kein Herz im Leibe, den es gleichgültig läßt, was Herr Bartel, wie die Volksmacht mitteilte, in der Königsberger Volkszeitung sehr richtig über die Kartoffelreisen der Danziger Kriegerfrauen geschrieben hat. Wer nichts tut, um so etwas zu verhindern, und will, daß es so weiter bleibt, dem muß man wirklich sagen, daß er kein Herz für seine armen Mitmenschen hat. Alle Danziger Bürger, die ein Herz für die Kriegerfrauen haben, müßten an dem neuen Opfertage dagegen Einspruch erheben. Sie müßten fordern, daß auch hier an die Angehörigen der Krieger von der Stadt endlich Zuschüsse gegeben werden. Wer es nicht tut, der ist mitschuldig für alle Nachteile, die unsere Kriegerfrauen und Kinder erdulden müssen. Wer kann und will das aber vor unseren heimkehrenden Kriegern, die sich tapfer für unser altes Danzig geschlagen haben, verantworten?

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

hielt Dienstag den 5. Juni im Steppuhnschen Lokale eine Mitgliederversammlung ab, die leider nicht den Besuch aufwies, den man in Anbetracht des interessanten Vortrags hätte wünschen können. Genosse Kral sprach über „Völker und Staaten vor dem Kriege". Er zeigte die imperialistischen Strömungen, die sich in den meisten Staaten Europas in den letzten Jahrzehnten bemerkbar machten. Vor allem beruhe der Gegensatz zwischen Deutschland und England auf imperialistischer Grundlage. Weniger ist dies zwischen Deutschland und Frankreich der Fall. Bei den Franzosen wirke vor allem noch der Revanchegedanke für 1870/71. Aber auch zwischen diesen Staaten ist es im letzten Jahrzehnt zu imperialistischen Konflikten gekommen. Das beweisen die Marokkokrisen von 1905 und 1911. Ein weiterer Herd für den Weltenbrand war der Balkan. Hier trat vor allem der Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland zutage. Außerdem wollte Rußland der politische Erbe der aufgeteilten Türkei in Europa werden und damit durch die Dardanellen den ersehnten Zugang zum Meere erhalten. Deutschland wollte aber aus den verschiedensten Gründen eine Aufteilung der Türkei nicht zulassen. Alle diese Gegensätze haben schließlich zum Weltkriege geführt. Die Ermordung des Erzgroßherzogs Franz Ferdinand komme als Kriegsursache kaum noch in Betracht. Die Völker aber sollten aus der Furchtbarkeit des Weltkrieges die Lehre ziehen, daß mit den blutigen Waffen die großen Gegensätze nicht mehr ausgetragen werden können. Vor allem habe die Sozialdemokratie die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Krieg das letzte blutige Ringen zwischen den großen Kulturvölkern Europas gewesen ist.

Genosse Sellin sprach alsdann kurz über die Bedeutung des westpreußischen Parteitages, der am 24. Juni in Schidlitz stattfindet. Zu Delegierten wurden die Genossen Bühring, Fett, Schmidt und die Genossin Sellin gewählt. Da der bisherige Kassierer zum Heeresdienst einberufen ist, hat der Vorstand den Genossen Karl Block als Kassierer in Aussicht genommen. Diese Wahl wurde von der Versammlung einstimmig anerkannt. Das Bureau des Vereins [illegible] ist [illegible] Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr geöffnet [illegible] Parteiangelegenheiten durch den Vorsitzenden oder den Kassierer dort erledigt werden. Nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt waren, schloß Sellin die anregend verlaufene Versammlung.

Ein politisches Waldkonzert

Am Sonntag den 3. Juni veranstalteten der Lehrer-Gesangverein und der Langfuhrer Männer-Gesangverein in Verbindung mit den Kirchenchören von St. Brigitten und St. [illegible] im Gutenbergshain ein Waldkonzert. Der Besuch wurde durch die ungünstige Witterung stark beeinflußt, auch litten hierunter manche der Darbietungen. Das Programm umfaßte Männerchöre, gemischte und Frauenchöre, die sämtlich volkstümlichen Charakter trugen. Von den Männerchören gefiel wohl am besten das [illegible] Lied von Kirchl „D' Hoamfahr". Bei dem Herr Röhm [illegible] Solo durch den schönen Glanz seines Baritons erfreute. Auch die Frauenchöre gelangen in durchaus sicherer und angenehmer Weise. Am gelungensten war die [illegible] „[illegible]" von Brahms, bei der die Damen [illegible] und [illegible] kleinere Solopartien vortrefflich durchführten. Als Dirigent sämtlicher Vorträge bewährte Herr F. Schwarz wieder seinen alten guten Ruf. Am Schluß erfuhr die Veranstaltung aber noch eine eigenartige Bereicherung. Ein feldgrauer Sänger trat vor und hielt eine längere Ansprache, in der er zum Durchhalten aufforderte. Seine Rede ging aber weit über das Maß hinaus, das man für eine allgemeine vaterländische Ansprache gelten lassen darf. Er warnte vor allem vor einem voreiligen Verständigungsfrieden, der in der Hauptsache den deutschen Arbeitern große Nachteile bringen würde. Diese „Fürsorge" bürgerlicher Kreise um die Arbeiterschaft berührt eigentümlich. Welcher Friede den Arbeitern frommt, werden sie schon allein erkennen. Bedauerlich bleibt, daß eine Veranstaltung, bei der sich das Publikum aus den verschiedensten Parteien zusammensetzte, mit solch einer parteipolitischen Rede überrascht wurde. Für die weiteren Veranstaltungen kann das nicht günstig wirken, wenn solche politischen Einlagen nicht allen politischen Richtungen unterschiedslos gestattet werden.

„Sozialdemokratische Anrempelung"

nennt die Danziger Allgemeine Zeitung den uns aus bürgerlichen Kreisen zugegangenen Artikel „Behördliche Störer des Burgfriedens", den wir in der letzten Nummer der Volksmacht Raum gaben und ihn als solchen ausdrücklich kennzeichneten. Bei ihrem bekannten Unvermögen, andere als die von ihren Auftraggebern vertretenen Ansichten objektiv zu beurteilen und zu würdigen, nimmt dies weiter nicht wunder. Wir würden dem Blatt auch nichts erwidern, wenn der Verfasser des oben benannten Artikels dies nicht für notwendig halten würde. Aus seiner neuesten Arbeit, die wir leider wegen Raummangel nicht ganz abdrucken können, seien folgende Stellen hervorgehoben:

„Wir Danziger haben Scheidemann in der großen Ohraer Versammlung kennen gelernt und waren erstaunt über sein Geschick, seine Einsicht, sein warmes vaterländisches Empfinden und seine Klugheit. Scheidemann gebührt ein großes Verdienst, und er hätte sicher Anspruch auf den Nobelpreis und die Dankbarkeit der Welt, wenn aus dem Friedenskongreß in Stockholm tatsächlich der Friedenskongreß der Regierungen sich entwickeln würde. . . . Der kommende Friedensschluß erfordert ungewöhnliche Klugheit und weiten Blick. Wir wollen eine Wiederkehr eines solchen menschenmordenden Krieges mit allen Kräften verhindern. Wir wollen keinen Waffenstillstand für einige Jahre. . . . Wer so denkt, dem wird auch die Formel verständlich: „Ohne Gebietsabtretungen und ohne Kriegsentschädigungen". Es muß doch eine Formel gefunden werden, auf der sich alle Völker zu einem dauernden Frieden vereinigen können. Und wenn man die gesamte Lage in Betracht zieht, dann wird wohl nicht mehr erreicht werden können. . . . Eine Entschädigung in Geld bringt uns nur wirtschaftliches Unheil."

Der Verfasser behandelt dann Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, wenn ein „Scheidemannfrieden" zustande kommt, und schließt seine beachtenswerte Arbeit mit dem Satz:

„So bietet der „Scheidemannfrieden" durchaus die Möglichkeit eines gewaltigen Aufstieges des deutschen Volkes und einer glücklichen Zukunft."

Daß die Danziger Allgemeine Zeitung die hier vertretene Ansicht gelten lassen wird, nehmen wir natürlich nicht an. Aber darauf kommt es auch nicht an. Die Hauptsache ist, daß sich immer mehr Leute aus dem Bürgertum dem „Scheidemannfrieden" zuwenden, und das geschieht nach unseren Wahrnehmungen jetzt im steigenden Maße und berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Nach Schluß der Redaktion ging uns noch eine längere Zuschrift vom Landeshauptmann Senfft von Pilsach zu, die sich mit dem obengenannten Artikel der letzten Nummer befaßt. Wir werden dazu in der nächsten Nummer unseres Blattes Stellung nehmen.

Eine sonderbare Volksbewegung

Die „Danziger Allgemeine Zeitung" und die „Neuesten Nachrichten", die in der Friedensfrage dasselbe chauvinistische Horn blasen, berichten am Dienstagabend, daß die „Volksbewegung" für einen deutschen Frieden immer mehr anschwillt. Immer größere Volkskreise lehnen den Scheidemannschen Verständigungsfrieden ab und fordern einen „starken deutschen Frieden". Diese Volksbewegung erfaßt auch in Danzig immer weitere Kreise. Das beweist eine Kundgebung des — Vorstandes des Verbandes Ostdeutscher Industrieller. Dieser sehe in der Forderung eines starken deutschen Friedens nicht eine parteipolitische Frage, sondern eine rein nationale Angelegenheit. Die Friedensfrage sei auch von höchster Wichtigkeit für die Zukunft der ostdeutschen Industrie, die das ihr fehlende Hinterland unter allen Umständen erhalten muß.

Selbstverständlich, es ist eine arge Täuschung des Publikums, wenn die beiden gesinnungsgleichen Zeitungen behaupten, daß es sich hier um eine Volksbewegung handele. Das Volk hat mit dieser Kundgebung ostdeutscher Schwer-Industrieller, wie Ziese-Schichau, durchaus nichts zu schaffen. Es handelt sich hier um die Ansicht einiger Dutzend organisierter Fabrikanten und Kapitalisten, die aus den verschiedensten Gründen eine Verlängerung des Krieges wollen. Die Stellungnahme dieser Fabrikanten ist sicherlich auch dadurch beeinflußt, daß die Industrie in diesem Kriege die größten Gewinne einheimsen konnte. Sollte es möglich sein, in Danzig eine Volksabstimmung herbeizuführen, so würde es sich bestimmt zeigen, daß die große Mehrzahl des erwerbstätigen Volkes für einen baldigen Friedensschluß auf Grund des Scheidemannschen Verständigungsfriedens ist.

Wie uns aus dem Dirschauer Kreise kürzlich mitgeteilt wurde, verlangt der „Bund der Landwirte", daß die deutsche Landwirtschaft sich einhellig für einen deutschen Frieden erklären sollte. Wir möchten demgegenüber betonen, daß es weit zweckdienlicher wäre, wenn eine allgemeine Volksabstimmung über: „Deutscher" Friede oder Scheidemann-Frieden stattfinden würde. Wir brauchten um das Ergebnis nicht bange zu sein.

Ehrlose Verleumder.

Eine kleine Gruppe „Unabhängiger" scheint ihre Hauptaufgabe in dieser ernsten Zeit darin zu setzen, führende Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit herunterzureißen und zu verleumden. Dieses Treiben ist soweit gediehen, daß es notwendig ist, dagegen ernstlich Stellung zu nehmen. Wir würden auch diesmal darüber zur Tagesordnung übergegangen sein, aber die Frivolität des Falles fordert entschiedene Zurückweisung.

Vor einigen Tagen erfuhren wir durchaus zuverlässig, daß auf den Werften und anderen Betrieben von „Unabhängigen" das unsinnige Gerücht verbreitet wird, Genosse Gehl sei schuld an den Einberufungen einiger „Unabhängiger". Man ging soweit, den Stadtrat Dr. Grünspan als Zeugen für die Richtigkeit dieser schamlosen Denunziation zu nennen. Er sollte anläßlich einer Unterredung mit den „Unabhängigen" Voß und Kaiser, die diese nachgesucht hatten, um Dr. Grünspan zu bitten, Kaiser zu reklamieren, sich dahin geäußert haben, daß die Einberufungen von Kaiser und Genossen zu verstehen seien, weil Gehl der Vertrauensmann des stellvertretenden Generalkommandos sei.

Für jeden denkenden Menschen war sofort klar, daß Dr. Grünspan sich so oder ähnlich gar nicht geäußert haben konnte. Mit der Aeußerung hätte er doch gegen das stellvertretende Generalkommando den schweren Vorwurf erhoben, Einberufungen nicht nach sachlichen Gründen vorzunehmen, sondern Einflüsterungen Dritter zu folgen. Deshalb unterrichteten wir Dr. Grünspan von dem in allen möglichen Aufmachungen umlaufenden Gerücht und baten ihn, sich dazu zu äußern. Dr. Grünspan schrieb darauf an Genossen Gehl:

Danzig, den 3. Juni 1917.

„Herr Voß ist mit Herrn Kaiser in meinem Bureau erschienen, um wegen einer Reklamation des K. vorstellig zu werden. Von Ihnen ist hierbei überhaupt nicht gesprochen worden. Auch sonst ist über Einberufungen im Zusammenhang mit Ihnen weder von mir noch mit mir je gesprochen worden. Auch daß Sie Vertrauensmann des stellvertretenden Generalkommandos seien, ist nicht gesagt worden.

Die obige Behauptung ist doch geradezu unsinnig. Ich habe den Herren vielmehr auseinandergesetzt, daß jeder Militärpflichtige heute täglich seine Einberufung erwarten muß, und der Glaube, daß bei der Einberufung des K. besondere Absichten vorlegen, geradezu irrig ist; dem Magistrat werden gelegentlich auch leitende Personen eingezogen.

Ergebenst

Dr. Grünspan."

Wir hatten keine andere Antwort erwartet. Sie widerlegt treffend die zu einem bestimmten Zweck in Umlauf gesetzten Verdächtigungen. Anständige „Unabhängige" sollten sich schämen, das widerlichste aller Kampfmittel, die persönliche Verleumdung, die früher dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vorbehalten blieb, im politischen Kampf gegen Sozialdemokraten anzuwenden. Oder gibt es für sie keine sachlichen Gründe mehr? Unsere Parteigenossen bitten wir, wenn wieder solche unsinnig erlogenen Gerüchte auftauchen, die Verbreiter einwandfrei festzustellen, damit ihnen gelegentlich ihr schmutziges Handwerk gründlich gelegt werden kann. Denn mit solchen „Gerüchten" soll letzten Endes die Sozialdemokratie geschädigt werden, das ist der Zweck der „unabhängigen" Uebung. Die Schlußfolgerungen, die sich aus diesem Sachverhalt gegen die Herren Kaiser und Voß ergeben, zieht wohl jeder Leser selbst.

* **Barfuß gehen ist gesund!** Der Stellvertretende Militär-Intendant des 20. Armeekorps hat dieser Tage an die Direktionen der Allensteiner höheren Lehranstalten die Bitte gerichtet, den Kindern zu gestatten, in den Schulen ohne Strümpfe und Schuhe — barfuß — zu erscheinen. Es ist für die Kinder der begüterten Stände keineswegs beschämend, heißt es in dem Ersuchen, den Sommer hindurch barfuß zu gehen, sondern sie sollen stolz darauf sein, durch Verzicht auf die gewohnte Fußbekleidung dem Vaterlande wichtige Rohstoffe erhalten zu helfen. — Es steht außer Zweifel, daß der freie nicht vom Schuh oder Stiefel bekleidete Fuß sich viel günstiger entwickelt. Das Barfußgehen verursacht also nicht nur größeres Behagen, sondern verhindert und beseitigt auch manche Verunstaltung der Füße.

* **Wirksame Maßregel gegen Lebensmittelwucherer.** Aus Dortmund wird gemeldet:

Die berufenen Behörden werden künftig jeden Händler, der nicht nachweisen kann oder will, von wem und zu welchem Preise er seine teueren Waren eingekauft hat, als unzuverlässig in bezug auf den Handel betrachten und veranlassen, daß ihm die Handelserlaubnis entzogen oder ihm sein Geschäft geschlossen wird. Der Grund zur Schließung des Geschäftes soll durch Anschlag an dem Laden bekanntgegeben werden.

Man kann nur wünschen, daß diese Ankündigung Wahrheit wird, und nicht nur in Dortmund! Es ist ein Riesenskandal, was sich der sogenannte freie Handel auf diesem Gebiet leistet. Vor einigen Wochen, als Wicken noch als Geflügelfutter galten, kosteten sie 42,48 Mk. der Zentner. Als dann ihre Eigenschaft als Menschennahrung entdeckt wurde, stiegen die Preise sprunghaft auf 60, 80, 120 Mk. Und heute werden im Großhandel 200, 230 Mk. gefordert und bezahlt! Hier hilft nur der Weg, der Preisgestaltung rückwärts nachzugehen und so den Wucherern das Handwerk zu legen.

* **Gepfeffert!** Seit einiger Zeit bemühen sich allerlei „verdienstvolle" Persönlichkeiten darum, auch die Pfefferpreise den Kriegsverhältnissen anzupassen. Je nach Neigung „strecken" oder „ersetzen" sie den Pfeffer (Schalen, Asche usw.) oder sie kaufen die noch vorhandenen Mengen auf und vertreiben sie weiter. Nach den Anzeigen des „Berliner Tageblatts" vom 13. und 15. Mai hält sich ein solcher Pfefferinteressent in einem Restaurant in Berlin auf. Ein Obergärtner und ein Möbelbeizer haben gleichfalls „mehrere Pfund" abzugeben. Ein Ingenieur will dagegen Pfeffer kaufen. Man muß sich wieder fragen: Wie kommen diese Leute zu der Handelserlaubnis, oder wird Pfeffer nicht als Nahrungsmittel angesehen? — Gepfeffert werden dank der nicht sehr konsequenten „Honigpolitik" der zuständigen Kriegsgesellschaft auch die Honigpreise. „Gühler"-Honig ist im Kleinhandel jetzt nur für 7,90—8,20 Mk. das Pfund zu haben, und die Kleinhändler berichten, daß sie bei dem Herrn nicht nur den Honig selber abholen, sondern auch noch Zucker mitbringen müssen, um überhaupt einige Gläser Honig zu erhalten. Auf welche Weise diese Zuckerspende „erübrigt" wird, ist nicht schwer zu erraten. Vielleicht interessieren sich die zuständigen Stellen, die kürzlich die aufgeregten Imkergemüter zu beruhigen versuchten (durch die Mitteilung, daß der Honig nicht beschlagnahmt werden sollte), für diese Preispolitik und sorgen rechtzeitig dafür, daß die Preise nicht noch höher steigen. Schon die heutigen Sätze dürfen unmöglich die Grundlage für die Uebernahmepreise bei der Beschlagnahme bilden!

Die Brotversorgung.

Kürzlich berichteten wir von einem in zwei Danziger Bäckereien vorgenommenen Probebacken, um die Ergiebigkeit des Brotmehls festzustellen. Der Magistrat teilt nunmehr der bürgerlichen Presse mit, wie verschieden das Backergebnis in bezug auf das Gewicht ist:

Von 100 Gramm Mehl hat man in Danzig in einem Falle nur 118 Gramm Brot gebacken. Sonst schwankten die Ergebnisse zwischen 126 Gramm freigeschobenes Brot und 137 Gramm zusammengeschobenes Brot. In Elbing werden 145 Gramm, in Berent 150 Gramm verlangt. Der zuständige Ausschuß der Preisprüfungsstelle hat daraufhin beschlossen, zwei Danziger Bäckermeister und einen unbeteiligten Sachverständigen nach Berlin zu entsenden, um die dortige Backkunst kennen zu lernen. Denn dort soll eine wesentlich höhere Brotausbeute erzielt werden.

Das Backen von freigeschobenen Broten wurde verboten.

Herabsetzung der Fleischpreise

Die in Aussicht genommene Herabsetzung der Viehpreise ist zum Teil verwirklicht worden. Sie zieht eine entsprechende Herabsetzung der Fleischpreise nach sich. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet und darum ersucht, so bald wie möglich eine Herabsetzung der Fleischpreise veranlassen zu wollen. Es wird darauf hingewiesen, daß ein Teil der Bürger auf das Fleisch der Reichsfleischkarte des hohen Preises wegen verzichten muß. Bei der knappen Zuweisung der Nahrungsmittel sei es aber erforderlich, daß alle Arten und Mengen voll ausgenutzt werden. Hoffentlich zeitigte das in dieser Woche erfolgte Probeschlachten ein für die Preisherabsetzung günstiges Ergebnis.

Wicke für Danzig

Die Oeffentlichkeit ist in letzter Zeit auf ein neues menschliches Nahrungsmittel, die Wicke, hingewiesen worden. Die entbitterte Wicke ist der Erbse im Nährwerte gleichwertig. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Danzig hat sich in einem Schreiben an das Kriegsernährungsamt in Berlin gewandt und dargelegt, daß Danzig einer Unterstützung in der Ernährung bedarf. Die Reichskartoffelstelle überweise Danzig zu wenig Kartoffeln. Der Stadt werde auch kein genügender Ersatz in Mühlenfabrikaten zugewiesen. Um so notwendiger sei für Danzig die Ueberweisung von Wicken. Es heißt in der Eingabe:

„Für uns Danziger ist durch ein öffentliches Wickenessen erwiesen, daß Wicken ein sehr gutes menschliches Nahrungsmittel darstellen. Bisher wurde die Wicke verfüttert. Es sollen davon noch auf dem Lande erhebliche Vorräte vorhanden sein. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Wicken der menschlichen Ernährung zugeführt würden, mindestens so weit dafür Nachfrage vorhanden ist, an der es in Danzig nicht fehlen würde. So viel wir wissen, beschäftigt sich das Kriegsernährungsamt mit Versuchen über die Verwendbarkeit der Wicke als menschliches Nahrungsmittel. In der Richtung des praktischen Versuchs würde es liegen, Danzig so viel Wicken zuzuweisen, als hier verlangt werden. Der Versuch würde nicht den sehr ins Gewicht fallenden Nachteil des Zeitverlustes in sich schließen. Angesichts des Notstandes in Danzig bitten wir das Kriegsernährungsamt, dem Magistrat in Danzig mit größter Beschleunigung Wicken in solcher Menge zu überweisen, daß sie der Bevölkerung zugeteilt und zu festen Höchstpreisen verkauft werden können."

Kaufberechtigung auf dem Großmarkt

Unserer ständigen Forderung, den städtischen Großmarkt für Gemüse und Obst auch den Verbrauchern zugänglich zu machen, verliehen wir in Nr. 21 der „Volkswacht" dadurch besonderen Nachdruck, daß wir ein zustimmendes Schreiben der Reichsstelle für Gemüse und Obst abdruckten. Es stellte fest, „daß der Einkauf auf dem Großmarkt jedermann gestattet ist, vorausgesetzt, daß er sich den Verkaufsbedingungen (Einkauf eines bestimmten Mindestquantums, das von der Stadtverwaltung örtlich festgesetzt wird) unterwirft". Die Verwaltung will bekanntlich die Verbraucher vom Großmarkt möglichst fernhalten. Sie sandte unseren Artikel an die Reichsstelle und erhielt von dieser ein Schreiben, das uns zur Kenntnisnahme zugegangen ist. Die Aeußerung der Reichsstelle ist für die Oeffentlichkeit höchst interessant. Zunächst wird an dem Grundsatz festgehalten, daß unter den oben angeführten Bedingungen auch Verbraucher auf dem Großmarkt einkaufen können. Dann heißt es:

„Die Festsetzung des Mindestquantums, das je nach Art der Ware ein verschiedenes sein kann, wird in jedem Falle so getroffen werden müssen, daß die technische Durchführung des Marktes unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Raumes und der den Markt und den Käufern zur Verfügung stehenden Zeit möglich bleibt. **In der Regel wird demnach in größeren Städten das Mindestquantum so gewählt werden müssen, daß der Einkauf durch Privatpersonen auf dem Markte von selbst ausgeschlossen bleibt.** Die Zulassung des Privatpublikums am Danziger Großmarkt wird daher von hier aus in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Danzigs gebilligt, **so weit sie der Entwicklung des Großmarktes nicht im Wege steht.** . . ."

Nach dieser Auto ort soll den Verbrauchern in den Großstädten der Einkauf in der Theorie gestattet sein. Er wird aber praktisch unmöglich gemacht durch die Festsetzung einer großen Mindestmenge, die kein Verbraucher kaufen kann. Das wird leider auch für Danzig zutreffen. Denn die Entscheidung darüber, ob „die Zulassung von Verbrauchern der Entwicklung des Großmarktes nicht im Wege steht", trifft die Großmarktverwaltung. Was davon zu erwarten ist, kann bei ihrer bisherigen Praxis nicht zweifelhaft sein. Gerade deshalb halten wir unsere Forderung nach Zugängmachung des Großmarktes für Verbraucher aufrecht! Der Großmarkt ist eine öffentliche Einrichtung und darf nicht zum Vorrecht eines Teiles des allgemein steuerzahlenden Bürgertums werden.

Beschlagnahme von Fellen

Am 1. Juni ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch die alle rohen und eingearbeiteten Felle von zahmen und wilden Kaninchen, sowie von Hasen und Hauskatzen jeder Herkunft und in jedem Zustand beschlagnahmt werden, soweit nicht ihre Zurichtung zu Pelzwerk (Rauchware) erfolgt ist oder ihre Verarbeitung in Pelzwarenfabriken, Färbereien oder Haarschneidereien bereits begonnen hat. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch die Veräußerung und Lieferung der Felle in bestimmter Weise erlaubt. So darf der Besitzer eines Tieres, der Mitglied eines Kaninchen-Zuchtvereins ist, das Fell binnen 3 Wochen nach dem Abziehen an die Vereinssammelstelle und der Besitzer eines Tieres, der nicht Mitglied eines Kaninchen-Zuchtvereins ist, das Fell binnen 3 Wochen an einen reellen Händler veräußern. Den Händlern und Vereinssammelstellen sind bestimmte Wege für die Weiterveräußerung vorgeschrieben. Alle Vorräte an beschlagnahmten Fellen werden schließlich bei der Kriegs-Fell-Aktiengesellschaft in Leipzig vereinigt, die die Felle, soweit sie für die Zwecke der Heeres- und Marineverwaltung in Anspruch genommen werden, an die Kriegsleder-Aktiengesellschaft weiterliefert und den übrigen Teil der Rauchwarenindustrie und den Haarschneidereien zuführt. Felle, deren vorschriftsmäßige Veräußerung unterlassen worden ist, sind, sofern ihr Vorrat eine bestimmte Höhe übersteigt, an das Lederzuweisungsamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung zu melden. Außerdem ist die Erlaubnis zur Verfügung über die beschlagnahmten Felle durch Händler, Vereinssammelstelle oder besonders zugelassene Großhändler von der Beobachtung einer Reihe von Vorschriften, insbesondere der Führung von Büchern und Listen abhängig gemacht. Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch die für rohe Kanin-, Hasen- und Katzenfelle Höchstpreise festgesetzt werden. Es sind verschiedene Preise bestimmt worden, je nach dem die Veräußerung durch den Besitzer des betreffenden Tieres oder durch einen Händler oder eine Vereins-Sammelstelle oder durch einen zugelassenen Großhändler erfolgt. Die Preise sind außerdem verschieden, je nach dem die Felle allen Vorschriften entsprechend abgezogen und behandelt worden sind oder nicht. Beide Bekanntmachungen enthalten eine ganze Reihe Einzelbestimmungen, die für Interessenten von Wichtigkeit sind. Ihr Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern, sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Schwierigkeiten im Käsehandel

Vor der Berufungskammer wurde über einen Fall von Höchstpreisüberschreitung verhandelt, bei dem die Schwierigkeiten eingehend erörtert wurden, die sich im Käsehandel ergeben. Der Kaufmann Alfred Sielmann in Karthaus wurde vom dortigen Schöffengericht zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Höchstpreis für Käse überschritten habe. Er legte gegen das Urteil grundsätzlich Berufung ein, da er in gutem Glauben gehandelt habe. Seit acht Jahren bezieht er seinen Käse von einem Danziger Großhändler und hat stets erstklassige Ware erhalten. Im August 1916 kaufte Sielmann von diesem Großhändler „guten Tilsiter Käse" und zahlte dafür mit 1,10 Mark den Preis für Vollfettkäse. Als Vollfettkäse sah Sielmann die Ware auch an und verkaufte sie zu dem entsprechenden Höchstpreise von 1,40 Mark das Pfund. Bei einer Untersuchung stellte sich aber heraus, daß der Käse nicht die vorgeschriebenen 40 Prozent Fettgehalt für Vollfettkäse hatte, sondern nur 22 Prozent. Es war also nur Halbfettkäse, für den der Verbraucherpreis nur 1,10 Mark beträgt. Mithin lag eine Höchstpreisüberschreitung vor. Als Sachverständige waren Dr. Lau und Molkereibesitzer Dohm geladen. Sie legten dar, daß frischer Käse, um den es sich hier handelte, mit dem Auge und durch Geschmack sehr schwer und ungenau auf seinen Fettgehalt zu prüfen ist. Hinzu kommt, daß der Käse gefärbt wird. Nur der Erzeuger kennt den Fettgehalt, da er weiß, was für Milch er verwendet. Sachverständiger Dr. Lau vertrat den Standpunkt, daß das Gesetz nur erfüllt werden kann, wenn der Käse durchweg unter der Bezeichnung als Vollfettkäse, Halbfettkäse usw. unter Zusicherung des vorgeschriebenen Fettgehaltes in den Handel gebracht wird. Andernfalls bliebe nur die Untersuchung in jedem Falle übrig. Molkereibesitzer Dohm hielt die jedesmalige Untersuchung für zu teuer und deshalb nicht durchführbar! Im reifen Zustande könne man den Fettgehalt ziemlich genau erkennen. Im frischen Zustande weiß nur der Erzeuger den Fettgehalt. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, da der Angeklagte den Fettgehalt nicht kannte. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung, da hier Fahrlässigkeit vorliege. Der Handel müsse sich eine Zusicherung des erforderlichen Fettgehalts verschaffen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe.

Dies Urteil kann nach keiner Seite befriedigen, zumal eine nähere Begründung nicht gegeben wurde. Nach diesem Urteil in Verbindung mit den Aussagen der Sachverständigen ist die Festsetzung von Höchstpreisen hinfällig geworden. Das hätte in dem Urteil ausgedrückt werden sollen. Dem Gesetzgeber erwächst daraus die Pflicht, die Verordnung zu ergänzen. Die Zusicherung des Fettgehaltes kann nur der Erzeuger geben, deshalb müßte jeder Erzeuger durch Verordnung verpflichtet werden, seinen Käse nach Herkunft und Güte zu bezeichnen. Dann wäre jeder fahrlässigen Unredlichkeit begegnet und die Höchstpreisverordnung auch tatsächlich anwendbar.

* **Postverkehr mit dem Kriegsernährungsamt.** Die für das Kriegsernährungsamt bestimmten Postsendungen sind häufig an die Adresse eines bestimmten Mitgliedes des Kriegsernährungsamtes gerichtet, wohl in der Meinung, daß dadurch eine Beschleunigung der Sendung erreicht wird. Das Gegenteil ist der Fall. Alle für das Kriegsernährungsamt bestimmten Schriftstücke erreichen die zuständigen Stellen am schnellsten, wenn sie lediglich die Aufschrift:

An
das Kriegsernährungsamt
Berlin W. 8
Mohrenstraße 11/12

tragen, da eine Zentralstelle des Amtes alle eingehenden Postsendungen umgehend den zuständigen Stellen zuführt.

* **Beschwerden über Kriegsunterstützung.** Häufig werden Beschwerden über die Entscheidungen der Lieferungsverbände in Fragen der Unterstützung von Familien der in Dienst eingetretenen Mannschaften an nicht zuständige Stellen eingereicht. Es sei daher darauf hingewiesen, daß gemäß § 7 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 zur Entscheidung über solche Beschwerden allein die nächstvorgesetzte Verwaltungsbehörden in den einzelnen Bundesstaaten, so in Preußen die Regierungs-Präsidenten und der Minister des Innern zuständig sind. Werden die Eingaben an das Reichsamt des Innern oder das Kriegsministerium gerichtet, so bedeutet dies für die Antragsteller lediglich eine Verzögerung in der Entscheidung, da die betreffenden Stellen die Gesuche an die eben erwähnten zuständigen Behörden weiterleiten müssen, was mit Zeitverlust verbunden ist. In ihrem eigenen Interesse kann den Beteiligten daher nur dringend geraten werden, etwaige Eingaben den zuständigen Stellen unmittelbar zugehen zu lassen.

* **Werbung von Brenntorf und Holz in ländlichen Betrieben.** Wenn auch die Kohlenförderung während des Krieges stets auf der Höhe gehalten wurde, so sind doch die Anforderungen für andere dringende kriegswirtschaftliche Zwecke stets gestiegen. Es ist deshalb vorauszusehen, daß im nächsten Winter die Beschaffung von Kohlen, insbesondere für die ländlichen Betriebe, Schwierigkeiten begegnen wird. Den Landwirten, die in der Lage sind, wenigstens einen Teil ihres Brennstoffbedarfs durch Werbung von Torf oder Brennholz zu decken, kann daher nicht dringend genug empfohlen werden von dieser Möglichkeit den umfangreichsten Gebrauch zu machen.

* **Weitere Papierbeschränkung für die Druckereien.** Vom Stellvertreter des Reichskanzlers ist der Aushang von Zeitungen und Zeitschriften oder Teilen davon an Schaufenstern, Anschlagssäulen, Anschlagstafeln, in Verkaufsstellen und Wirtschaften usw. verboten worden. Die Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe kann Ausnahmen zulassen. Zugleich wird eine Einschränkung des den Zeitungen zur Verfügung stehenden Papierkontigents um weitere 10 Prozent angeordnet.

* **Beschlagnahme der Tür- und Fenstergriffe.** Der „Tag" schreibt, in etwa drei bis vier Monaten ist die bevorstehende Beschlagnahme der messingenen und bronzenen Tür- und Fenstergriffe im vaterländischen Interesse nicht zu vermeiden. Doch soll den Hausbesitzern in weitem Maße Entgegenkommen gezeigt werden, auch betreffs der Preisentschädigung. Es ist beabsichtigt, für ganz Deutschland einheitliche, schwarze Ersatz-Türklinken und Fenstergriffe seitens der staatlichen Organe nicht nur zu liefern, sondern auch gleich nach dem Entfernen der bisherigen sachgemäß anzubringen. Andererseits soll es aber auch in dem Belieben der Hausbesitzer stehen, sich nach eigenem Ermessen und Geschmack anderweitig mit Ersatz zu versehen. Durch eine andere schon in nächster Zeit zu erlassende amtliche Beschlagnahme werden anderweitig alle messingenen und bronzenen Griffe, Verzierungen, Gitter und dergleichen beschlagnahmt.

* **Städtisches Notgeld** wird jetzt von verschiedenen Gemeinden herausgegeben, um dem unliebsamen Kleingeldmangel abzuhelfen. Es ist nun die Frage aufgetaucht, ob die Geschäftsleute zur Annahme des städtischen Notgeldes verpflichtet sind. Ein Danziger Gericht hat die Frage verneint, da Stadtgeld nicht als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt werden könne. Im übrigen hat das Notgeld nur für die Gemeinde oder Stadt Gültigkeit, für die es herausgegeben wurde.

* **Unzulässige verschlossene Privatbriefe.** Entgegen den zurzeit geltenden Vorschriften werden immer noch viele Privatbriefe nach dem Auslande sowie nach Elsaß-Lothringen und den zum Festungsbereiche von Straßburg (Elsaß) und Neubreisach gehörigen badischen Orten verschlossen bei der Post aufgeliefert. Solche Briefe können nicht befördert, sondern müssen an den Absender zurückgegeben oder, wenn dieser sich auf dem Umschlage nicht genannt hat, nach den Vorschriften für unbestellbare Sendungen behandelt werden.

* **Sind Kriegsteuerungszulagen pfändbar?** Die Stadtverwaltung in Köln hatte den in ihren Diensten stehenden Arbeitern eine Teuerungszulage gewährt. Das Kölner Oberlandesgericht hat jetzt in einem bemerkenswerten Beschluß die Nichtpfändbarkeit der Teuerungszulage festgestellt, indem es ausführte, letztere beruhe auf der Erwägung, daß die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter im Laufe des letzten Kriegsjahres eine außerordentliche Steigerung erfahren hätten, und daß deshalb den Arbeitern eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Lohnzulage zur Bestreitung der unentbehrlichsten Unterhaltskosten gewährt werden sollte. Dieser Zweck würde aber vereitelt werden, wenn die Teuerungszulage ganz oder zum Teil den Gläubigern der Bediensteten zwecks Pfändung wegen ihrer Forderungen zur Verfügung stehen sollte.

* **Das Neugeschäft der Volksfürsorge** ist im Monat Mai auf der Höhe des Vormonats geblieben. Es wurden im ganzen 2804 neue Anträge eingebracht, davon für Kapitalversicherungen 2585 und für Spar- und Risikoversicherungen 219. Bei den Kapitalversicherungen beträgt die versicherte Summe 639 504 Mark. — In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres sind sonach im ganzen 14 308 Neuanträge zur Bearbeitung gebracht worden, gegen 8976 im ganzen Jahre 1915 und 21 314 im ganzen Jahre 1916.

* **Die vierte Generalversammlung der Volksfürsorge** wird am 26. Juni 1917, im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg abgehalten. Die Verwaltung ist in der Lage, für das dritte Kriegsgeschäftsjahr 1916 über ein sehr günstiges Ergebnis berichten zu können. Bei Steigerung des Versicherungsbestandes auf 191 736 in Kraft befindliche Policen ergibt sich, nach reichlichen Zuwendungen an die Reserven, noch ein Ueberschuß von 217 421 Mk. Die nach den verschiedenen Tarifen versicherte Summe beträgt 28 468 029 Mk., davon bei den 123 715 Kapitalversicherungen allein 26 362 841 Mk. Dem Organisationsfonds ist auch im Jahre 1916 nichts entnommen worden.

* **Beseitigung der Pfennigrechnung bei Telegrammen.** Während des Krieges wird bekanntlich ein Wortzuschlag im Betrage von 2 Pf., mindestens 10 Pf. von jedem Telegramm erhoben. Vom 1. Juli ab wird diese Reichsabgabe auf die dem Gesamtbetrage der Abgabe zunächstliegende, durch 5 teilbare Zahl nach oben oder unten abgerundet. Die Telegrammgebühren werden also wieder in „runden" Beträgen erhoben.

Danzig. Wegen Kindestötung verurteilte Dienstag das Schwurgericht das Dienstmädchen Probutzki aus Abbau Podjas zu zwei Jahren Gefängnis. Die P. hatte ihr Kind bald nach der Geburt erwürgt und in einer Scheune vergraben. — Die tötende Mutter ist der Gipfel der Unnatur. Sie beweist, wie dringend nötig wir wahre Kulturförderung durch umfangreichen gesetzlichen Schutz für die uneheliche Mutter und ihr Kind brauchen. Dann werden solche Urteile nicht mehr möglich sein. Die Begnadigung des unglücklichen Weibes sollte selbstverständlich erwartet werden müssen.

Ein neuer Tollwutfall

Seit einigen Wochen ist in Danzig die Hundesperre verhängt, da hier mehrere Fälle von Tollwut festgestellt wurden. Daß die Seuche noch nicht erloschen ist, beweist ein neuer Fall. Auf der Niederstadt verendete kürzlich ein Hund, bei dem nach der Untersuchung des Gehirns Tollwut festgestellt wurde. Den Hundebesitzern kann deshalb nur dringend geraten werden, ihre Tiere niemals frei herumlaufen zu lassen. Das gilt auch für Höfe und öffentliche Anlagen. Wenn Hunde auf die Straße mitgenommen werden, sind sie stets an der Leine zu führen und mit einem sicheren Maulkorb zu versehen. Zuwiderhandlungen gegen diese polizeilichen Vorschriften ziehen strenge Strafen nach sich.

Aus Westpreußen

„Unabhängiges" zur Ernährung in Ohra.

Die neugegründete „Volksstimme" der „Unabhängigen" versucht ihre Existenzberechtigung dadurch nachzuweisen, daß sie ehrlichen Menschen Unwahrheit vorwirft. Der Artikel in Nummer 21 der „Volkswacht" über die Ernährung der Gemeinde Ohra gefällt den Herren nicht. Herr Baecker schämt sich seiner Worte und will sie nicht gesagt haben. Der Verfasser des Aufsatzes in der „Volkswacht" versteht jedoch aufmerksam zuzuhören und verfügt über ein gutes Gedächtnis. Darum seien den Herrschaften folgende Einzelheiten mitgeteilt. Der Landrat erläuterte die Eierversorgung Ohras. Baecker meldete sich zum Wort und erklärte, die Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis sei zu hoch. Die Eier müßten sauber abgeliefert werden. Die Verkäufer hätten gar keine Arbeit damit. Deshalb könne für Ohra mehr gezahlt werden. Der Landrat erwiderte: „Wenn jetzt für ein Ei viermal so viel gezahlt wird, wie früher, dann könnten die Leute (gemeint waren die Besitzer) doch zufrieden sein. Regierungsrat Prochnow erläuterte die Ursache der Spannung. Der „unabhängige" Eigentümer Baecker meldete sich wieder zum Wort und sagte: „Für Ohra könne mehr gezahlt werden. Und wenn nicht mehr gezahlt werde, dann würden die Hühner überhaupt keine Eier mehr legen!" Ueber die Höhe des Verkaufspreises wurde kein Wort gesprochen.

Der Verfasser der Notiz in der „Volksstimme" mag sich im stillen Kämmerlein die Einzelheiten der Sitzung ins Gedächtnis zurückrufen und dann sich selbst fragen, ob er berechtigt war, jemand, der sachlich die Wahrheit berichtete, der Unwahrheit zu bezichtigen. Ueber alles steht eben die Wahrheit! Schließlich darf man wohl auch fragen, weshalb der so „unabhängige" Herr Baecker sein Mandat als Gemeindevertreter nicht der Partei zurückgibt, die es ihm gab und der er jetzt als Todfeind gegenüber steht? Seine „Arbeiterfreundlichkeit" mag gewiß „unabhängig" sein. Die Sozialdemokratie lehnt sie ganz entschieden ab.

Der Sozialdemokratische Verein Ohra

beschäftigte sich mit dem Westpreußischen Parteitag am Dienstagabend in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung. Genosse Gehl, der das Referat übernommen hatte, war am Erscheinen verhindert. Der Vorsitzende gab die notwendigen Aufklärungen zu diesem Punkt der Tagesordnung. Anschließend wurde die Wahl von zwei Delegierten vorgenommen. Gewählt wurde ein Genosse und eine Genossin. Anträge zum Parteitag wurden nicht gestellt. Der Bericht von der Sitzung im Gemeindehause über Ernährungsfragen fand allgemeine Zustimmung. Es fand eine lebhafte Aussprache statt. Auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins werden jetzt drei seiner Mitglieder zu den Verhandlungen des Ernährungsausschusses hinzugezogen. Diesen Genossen wurde eine lange Wunschliste mit auf den Weg gegeben. Unter „Verschiedenes" wurde ein Sommerfest angeregt. Der Vorschlag fand allgemeines Interesse. Der Vorstand soll die Vorarbeiten hierzu erledigen.

Der Vorsitzende konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß durch die eifrige Tätigkeit verschiedener Genossen im Monat Mai 14 Parteimitglieder und 16 Volkswachtleser gewonnen worden sind. Die Versammlung war von 32 Genossen und Genossinnen besucht.

Schutz den Wäldern

Bei der jetzigen trockenen Witterung entstehen leicht Waldbrände. Den Spaziergängern und Wanderern kann daher nur die größte Vorsicht im Interesse unseres Waldbestandes anempfohlen werden. Es wird ferner auf § 44 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 hingewiesen. Hiernach wird mit Geldstrafe oder Haft bestraft, wer im Walde brennende oder glimmende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt, ferner, wer im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben im Freien ohne Erlaubnis des Kgl. Försters Feuer anzündet oder gestattetermaßen angezündete Feuer zu beaufsichtigen oder auszulöschen unterläßt.

Graudenz. Seine Frau ermordet hat am Sonntag vormittag in dem benachbarten Vororte Klein-Tarpen der auf Urlaub weilende Landsturmmann Willkowski. Er soll als vermißt gegolten haben, und die Frau wollte angeblich nach seiner Rückkehr nichts mehr von ihm wissen. Er wartete Sonntag den Rückgang seiner Frau von der Kirche ab. Er stellte sie auf der Straße und drückte ihr beim Umfassen ein Dolchmesser in das Herz. Außerdem erhielt die Frau noch einen Stich in den Kopf. Sie ging noch einige Schritte und stürzte dann leblos zu Boden. Welchen genauen Anlaß der Mann zu der Tat hatte, wird erst die Untersuchung ergeben. Willkowski stellte sich nach der Tat sofort der Militärbehörde. Er wurde verhaftet. — Mögen die zentrümlichen und industriellen Kriegsschürer angesichts solcher Taten darüber nachdenken, welche Verantwortung sie durch ihre Hetze „für das Volksglück" auf sich laden.

Graudenz. Großfeuer entstand am 30. Mai nachmittags in der Zweigniederlassung der Gießerei Herzfeld und Victorius in dem benachbarten Mischke. Das Feuer entstand aus noch nicht aufgeklärter Ursache im Modellierraum, wahrscheinlich infolge Selbstentzündung. Der Teil dieses Gebäudes wurde zerstört. Der Brand griff aber auch auf die Gießerei und das Maschinenhaus, sowie auf mehrere Schuppen über, die teilweise zerstört wurden. Der Graudenzer Freiwilligen Feuerwehr und der Militärfeuerwehr gelang es, den Brand einzudämmen. Der Schaden ist recht bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Graudenz. Die Weichsel zeigt jetzt einen recht niedrigen Stand, so daß die Frachtschiffe bequem laden und löschen können. Die Schiffahrt hat sich in den letzten Tagen bedeutend gehoben. Groß ist in diesem Jahre der Fischreichtum der Weichsel. Angler fangen mit einer Angel in 3 bis 4 Morgenstunden 10 bis 15 Pfund Fische. Auch die Netzfischerei zeigt überaus gute Ergebnisse.

Dirschau. Ertrunken ist der 70 Jahre alte Gepäckträger Herold von hier. H. versuchte vom Weichselufer aus Holzteile aus dem Strome zu fischen. Als dabei sein Kahn von der Strömung erfaßt wurde, wollte Herold ihn in Sicherheit bringen und sprang in den Strom. Er hatte aber das Unglück, in eine tiefe Stelle zu geraten, ging sofort in den Fluten unter und ertrank.

Briesen. Unruhen. Der hiesige Bürgermeister erläßt eine Warnung an die Bevölkerung der Stadt, sich nicht zu Aufläufen verleiten zu lassen. Er weist ferner darauf hin, daß schon die bloße Drohung mit Gewalttätigkeiten und die bloße Beteiligung als Zuschauer strafbar sei, und daß er nötigenfalls mit aller Schärfe vorgehen werde. — Der hiesige Magistrat ist auch Mitglied des Verbandes Ostdeutscher Industrieller, dem der Krieg gar nicht lange genug dauern kann.

Frauenbewegung

Sozialdemokratische Frauenkonferenz

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen des Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt tagte Pfingsten in Magdeburg. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die 5300 politisch organisierten Frauen des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Mageburg-Anhalt erneuern den Rechtsanspruch auf die Gleichberechtigung der Frau bei Ausübung aller öffentlichen Rechte. Der nunmehr drei Jahre dauernde Weltkrieg hat mehr, als viele Jahrzehnte der organischen Entwicklung es vermocht hätten, die soziale Stellung des Weibes verändert. In Landwirtschaft, Industrie, Verkehr, Handel und Verwaltung mußte die Frauenarbeit die Fortführung der Wirtschaft ermöglichen. Durch das Ausscheiden von Millionen Männern haben die Frauen auf lange Jahre deren Tätigkeit übernehmen müssen. Alle Angelegenheiten der Familie, der eigenen Wirtschaft und der damit verbundenen Betätigungen hat die Frau während der Kriegsdauer ausgeübt. Sie ist oft gegen ihren Willen, aber in der Tat völlig selbständig geworden. Nach Beendigung des Krieges wird infolge der blutigen Verluste und der durch die Kriegswirkungen hervorgerufenen Veränderungen im Wirtschaftsleben des Landes die Zahl der Frauen, die auf sich selbst gestellt sind, Millionen zählen. — Die Mitarbeit des Weibes bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft wird nach Friedensschluß weder vom Reich noch von Staat und Gemeinde entbehrt werden können. Wenn aber so vollständige Veränderungen der Gesamtstellung der Frau innerhalb weniger Jahre eingetreten sind, so muß die Gesetzgebung dieser Entwicklung gerecht werden. Wir fordern daher das gleiche Wahlrecht für alle gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinde. Wir fordern die Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, die der freien Entwicklung der weiblichen Persönlichkeit hindernd im Wege stehn. Der Grundsatz: Freie Bahn allen Tüchtigen, muß auch das weibliche Geschlecht einschließen. — Wenn England und Rußland, dem Druck der Zeit folgend, den dortigen Frauen die politische Gleichberechtigung gegeben haben, so kann Deutschland sie den deutschen Frauen nicht vorenthalten. Denn die deutschen Frauen haben nicht minder unter Not und Tod gelitten; sie haben in der Volkswirtschaft sicherlich nicht mindere Leistungen vollbracht, als die Frauen irgendeines Landes. — Die Konferenz ist sich bewußt, daß diese Rechtsforderungen dem heftigsten Widerstand aller reaktionären Gewalten begegnen werden. Um den freiheitsfeindlichen Widerstand brechen zu können, bedarf es der organisierten politischen Macht. Diese hat sich die deutsche Arbeiterklasse in fünf jahrzehntelanger opfervoller Arbeit geschaffen. Die Versammelten geloben daher, der sozialdemokratischen Partei die Treue zu halten und unablässig für die Durchführung unserer Forderungen zu wirken."

Das letzte Referat über „Ernährungsfragen während des Krieges" hielt Genosse Brandenburg (Stendal). Er forderte strikte Durchführung des Anbauzwanges, sachgemäße und vernünftige Preispolitik, rücksichtslose Bestrafung des Wuchers, gerechte Verteilung der Bestände und obligatorische Massenspeisung.

Aus der Partei

Eine Frauenkonferenz

wird vom Parteivorstand auf den 7. Juli nach Berlin einberufen.

— **Die unabhängige „Volksstimme"** ist nunmehr am Sonnabend den 2. Juni in aller Stille erschienen. Das ärmliche Blatt wird in Danzig gedruckt. Es ist hier erst am Montag verkauft worden. Erscheinungsort ist Königsberg. Die technische Aufmachung ist höchst mangelhaft, der Inhalt geistlos und ledern. Daß die erste Nummer ausschließlich die Sozialdemokratie angreift, war vorauszusehen und regt niemand auf.

Bebel und das Vaterland

Unser August Bebel sagte in einer Rede zur Reichstagsstichwahl 1907 in Frankfurt a. M.:

„Man nennt uns im Wahlkampf jetzt wieder Vaterlandsfeinde. Wir sind keine Vaterlandsfeinde. Ist denn das Vaterland ein Vaterland der Besitzenden? Der deutsche Boden ist Gemeingut. Wir lieben unser Vaterland mehr wie jene, die sich Patrioten nennen. Wir wollen auch nicht das Vaterland verraten; wir wollen nur unsere erbärmlichen Zustände in unserem Vaterlande ändern. Ihnen gilt unser Kampf. Glauben Sie, es ist uns ein Vergnügen, Jahr auf Jahr die Anklagen zu hören, wenn wir nicht unser Vaterland liebten, sich fortwährend den Angriffen und Anfeindungen auszusetzen? Glauben Sie, es ist ein Spaß, fortwährend diesen Kampf zu führen, wie ich ihn nun schon ein Menschenalter führe? Das sind keine Freudenszeiten für mich. Und wie mir, so geht es tausenden anderen Kämpfern. Wer füllt die Gefängnisse? Wer sind die Opfer unserer Klassenjustiz und Polizeiwillkür? Wir. Aber bei allen Verfolgungen, bei allen Verurteilungen beseelt uns der Gedanke von der siegenden Kraft unserer Ideen, die wir durchsetzen werden. . . . Wir bekennen uns freudigen Herzens zur Internationalität. Nicht die „Aufhebung der Nationen" ist unser Ziel, wer könnte diesem Wahnsinn huldigen; jede Nation hat ihre besondere Bedeutung, ihre besonderen Lebensbedingungen, ihre besonderen Kulturbedingungen. . . ."

Glaubt jemand, daß August Bebel, der sein Vaterland so glühend liebte, es in der Stunde der Not im Stich gelassen hätte? Seine Worte bilden aber auch eine deutliche Absage an die „internationalen" Oppositionsanhänger, die glauben, ihren Internationalismus in erster Linie in der Herabsetzung der eigenen Nation bezeigen zu müssen. Auch August Bebel war zuerst deutscher Sozialdemokrat, und erst dann internationaler Sozialist.

☞ Gelesene Nummern der Volkswacht bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, ständig für sein Parteiblatt, das Blatt des Friedens, zu werben.

Literatur

— „Die Glocke", Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 7 enthält u. a. folgende Artikel: J. Meerfeld, M. d. R.: Das Zentrum am Scheidewege. Wilhelm Jansson: Die finnische Frage. Heinrich Cunow: Englands Wandlung. Johann Plenge: Die Revolutionierung der Revolutionäre II. Curt Biging: Die Nervenleiden nach dem Kriege. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Bekanntmachung.

Immer dringender und häufiger wird darüber Beschwerde geführt, daß eine Anzahl von Händlern aus den Städten, insbesondere aus den Großstädten, auf dem Lande und in kleineren Städten unter Umgehung der Höchstpreise und Verkehrsbeschränkungen alle erreichbaren Lebensmittel wie Kartoffeln, Butter, Eier, Erbsen und Brot zu jedem Preise aufkaufen und nach den größeren Städten schaffen.

Um dem Unwesen entgegenzutreten, wird auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bereich des XVII. Armeekorps einschließlich der Festungen folgendes angeordnet:

Die von Händlern oder deren Aufkäufern unter Umgehung der Höchstpreise und Verkehrsbeschränkungen aufgekauften Lebensmittel unterliegen der unentgeltlichen Einziehung und sind dem nächsten Gemeindeverband zuzuführen.

Diese Bekanntmachung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft.

Die Strafbestimmungen betreffend Ueberschreitung der Höchstpreise usw. bleiben unberührt.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 29. Mai 1917. 138

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl.
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen.
Julius **Goldstein**
Lavendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Zentralverband d. Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Danzig.
Achtung! **Kriegerfrauen** Achtung!
Obiger Verband zahlt in der Zeit vom 11. bis 23. Juni an die Frauen unserer eingezogenen Mitglieder, welche vor ihrer Einberufung bereits 60 Wochenbeiträge geleistet haben, wieder eine kleine Notunterstützung. Berechtigt sind alle Frauen und Mütter, welche die staatliche Unterstützung erhalten. Die Bescheinigung darüber gilt als Ausweis. Oder auch eine vom Amt ausgestellte Bescheinigung. Ohne diesen Nachweis wird nichts ausgezahlt. Wo die Mitgliedsbücher noch zu Hause sind, sind sie mitzubringen.
Der Vorstand der Zahlstelle Danzig.
J. A.: Conrad Engelhardt.

Moderne illustrierte Zeitschriften
Der wahre Jakob 10 Pfennige | Jugend 40 Pfennige | Simplizissimus 30 Pfennige
Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32

Echt gekachelten garant. rein. **Schnupftabak** offeriert
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 24..

Lustige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
das humoristische Leibblatt
aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!
Feldpost- und Probe-Abonnements
monatlich zur Mark 1,20
bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Strohhüte
für Herren u. Knaben,
in das Neueste, empfiehlt 117
Huthaus, 2. Damm 10
Ecke Breitgasse.

Herren-Anzüge
in großer Auswahl, sehr preiswert, verkauft 116
Goldne 14, Langebrücke,
am Häkertor.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die
Nähahle Stepperin D.R.G.M.
Solide, beste Konstruktion. Näht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2,50 mit Nadelsortierung und Leinenzwirn, verpackt und portofrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Herren-Hüte
werden repariert wie neu
2. Damm 10, Huthaus

Herren-Hüte
werden repariert wie neu
Langebrücke, Goldne

Friedensruf an die Bischöfe!

Von dem schlesischen Friedensfreund aus dem Zentrum geht unserem Breslauer Bruderblatt der Aufruf zu, den er jedem einzelnen deutschen Bischof übersenden will:

Breslau, den 31. Mai 1917.

An die
verehrliche Redaktion der „Volkswacht"
Breslau.

Anbei übersende ich Ihnen die versprochene Abschrift meines Aufrufes an die deutschen Bischöfe.

„Getrieben von lauterster Friedensliebe und aus Sorge um das Wohl unserer Hl. Kirche wage ich es, Ew. Bischöfliche Gnaden dringlich zu bitten, Ihren ganzen amtlichen und persönlichen Einfluß für eine schnelle Beendigung des Krieges einzusetzen.

Sie haben die Macht dazu, wenn Sie den Ihnen unterstellten Priestern und Gläubigen nahelegen, daß nur ein Verständigungsfrieden, d. h. ein Frieden ohne gewaltsame Gebietsaneignung und ohne Kriegsentschädigungen auf Grund des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker, den wahren Grundsätzen des Christentums entspricht. Dadurch würden Sie auch im Geiste unseres Hl. Vaters handeln, der sich wiederholt ganz unumwunden für einen solchen Verständigungsfrieden ausgesprochen hat.

Das deutsche katholische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit lechzt förmlich nach einer Friedenskundgebung der angedeuteten Art seitens seiner Bischöfe, zu denen es in unbegrenztem Vertrauen emporblickt.

Noch ist es Zeit, Ew. Bischöfliche Gnaden, einen Schritt zu tun, der Tausende der besten Katholiken von einem Alpdruck befreien und Ihnen den Segen von Millionen Deutscher, Katholiken wie Nichtkatholiken, bringen würde.

In der festen und zuversichtlichen Hoffnung, daß meine Bitte Erfüllung finden werde, bin ich Ew. Bischöflichen Gnaden

gehorsamster

Pacemulo."

Wir sind gespannt, welches Echo der wohlgemeinte Aufruf bei den Bischöfen auslösen wird. Eigentlich hätten diese Herren mit dem Friedensruf vorangehen müssen, wenn auch die Zentrumspartei davon nichts wissen will. Unter der lateinischen Unterschrift (Friedensfreund) verbirgt sich ein katholischer Geistlicher.

Der Heydebrand-Sonderzug

Wegen der Einlegung eines Sonderzuges zum Besuch der Versammlung in Herford, in welcher der Abg. v. Heydebrandt am Himmelfahrtstage gesprochen hat, richtete der fortschrittliche Abg. Wenke eine Beschwerde an den Eisenbahnminister. Auf seine Eingabe hat der Minister nach dem „Boten aus dem Riesengebirge" geantwortet: „Nach den über die Ablassung von Personenzügen für den Staatsbahnbereich erteilten Weisungen hätte der in Frage stehende Sonderzug nicht abgelassen werden dürfen. Es ist Vorsorge getroffen, daß die gegebenen Weisungen für die Folge genau beobachtet werden."

Die „Deutsche Tageszeitung" fragt augenverdrehend: „Ob wohl ein konservativer Abgeordneter es für seine Aufgabe gehalten hätte, sich beschwerdeführend an den Eisenbahnminister zu wenden, wenn etwa ein Sonderzug für eine Versammlung des Abg. Wenke bereitgestellt worden wäre?" — Diese sentimentale Unschuld vom Lande!

— **Zwei politische Blätter verboten.** Dem „Berl. Lokalanz." zufolge ist in Berlin die „Welt am Montag", ein demokratisches Wochenblatt, und die antisemitische „Staatsbürgerzeitung" vom Oberkommando in den Marken bis auf weiteres verboten worden.

— **Landesverratsprozesse.** Mit zwei Anklagen wegen Landesverrats beschäftigte sich am Montag das Außerordentliche Kriegsgericht in Kiel. Angeklagt waren der Mechaniker Wild und der Schlosser Artelt, die Mitte April plötzlich verhaftet wurden. Wild soll, nachdem die Kieler Werftarbeiter beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, vor einigen hundert Werftarbeitern, die sich im Gewerkschaftshaus zusammengefunden hatten, offen zur Revolution aufgefordert haben. Die Belastungszeugen versagten jedoch. Der Kriminalwachtmeister, nach dessen Feststellungen Wild solche Aufforderung an die Versammelten gerichtet hatte, erklärte, seinen „Vertrauensmann" ohne Genehmigung des Polizeipräsidenten nicht nennen zu dürfen. Die vom Anklagevertreter beantragte Vernehmung des „Vertrauensmanns" lehnte das Gericht ab. Da andere Zeugen ausgesagten, die Aeußerungen nicht gehört zu haben, kam das Gericht zur Freisprechung. Der Schlosser Artelt soll versuchten Landesverrat dadurch begangen haben, daß er in mehreren Versammlungen und Vertrauensmännersitzungen zum Ausharren im Streik und zum Streik aufgefordert habe. Damit habe er auf eine Einstellung der Rüstungsarbeit und somit eine Schwächung der deutschen Wehrmacht hingezielt. Das Gericht kam nach der Beweisaufnahme zu einer Verurteilung und setzte die Strafe auf sechs Monate Festungshaft fest.

Oesterreich

Zur Thronrede des Kaisers Karl

Heißt es im „Berliner Tageblatt": Der Begeisterungssturm, womit beide Häuser in Wien die erste Thronrede des Kaisers Karl aufgenommen haben, ist eine gute Vorbedeutung und berechtigt zu der Gesinnung, daß der Wunsch, ein neues Oesterreich zu schaffen, Regierte und Regierende einmütig beseelt. Die Thronrede ist das Regierungsprogramm des Kaisers selbst. Uns in Deutschland verbindet mit den Völkern Oesterreichs der Wunsch, aus den äußeren und inneren Kämpfen dieser bewegten Zeit ein starkes und glückliches Oesterreich hervorgehen zu sehen. Selbst die „Deutsche Tageszeitung" sagt in Uebereinstimmung mit anderen Blättern: Durch die Thronrede geht ein Zug eines jugendlichen aufrichtigen Idealismus.

England

Um 98 Prozent höhere Lebensmittelpreise.

Stockholm, 2. Juni. Der schwedische landwirtschaftliche Kommissar in London, Bagge, meldet laut „Allehanda" in seinem letzten vom 17. Mai ausgefertigten Bericht. Der ungewöhnliche lange Winter in England habe die Ernte um mindestens drei Wochen verspätet. Durch die darauf folgende allzu große Wärme sei der Boden ausgetrocknet. — Der Preis für argentinischen Mais sei beständig gestiegen, weil die Vorräte zu Ende gehen und neue Ladungen erst vom 1. Juli ab zu erwarten sind. Auch amerikanischer Mais sehr teuer, dazu großenteils unbrauchbar. Die Lebensmittelpreise seien im allgemeinen im Vergleich zum 1. Juli 1914 um 98 Prozent gestiegen. Die Kartoffelpreise seien in den letzten 12 Monaten um 55 Prozent in die Höhe gegangen.

Schweden.

Unnötige Erregung

Berlin, 5. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten erregt sich die schwedische Presse über das angebliche Ueberfliegen schwedischen Gebietes durch ein deutsches Luftschiff und fährt außerdem fort, über bereits gemeldete Zusammentreffen zweier unserer Flugfahrzeuge mit dem schwedischen Flugzeugführer Dr. Tulin aufs lebhafteste zu erregen. Was das deutsche Luftschiff anlangt, so ist inzwischen eine Meldung eingegangen. Danach hat es sich zur angegebenen Zeit 5½ bis 6 Seemeilen entfernt von Ystadt über dem Meere befunden, zweifellos außerhalb des schwedischen Hoheitsgebietes. Die beiden von Ystadt ausgelaufenen schwedischen Torpedoboote gaben nach Beobachtung des Luftschiffes drei blinde Schüsse ab. Was sie damit bezweckten, ist nicht ersichtlich. Von einer Verletzung der völkerrechtlichen Vorschriften oder Gepflogenheiten durch das deutsche Luftschiff kann somit keinesfalls die Rede sein.

Norwegen

Große Demonstrationsstreiks gegen die Teuerung

Kopenhagen, 5. Juni. Ueber ganz Norwegen erstreckt sich eine Arbeiterkundgebung, die mit einer Einstellung aller industriellen und öffentlichen Arbeit am morgigen Tage verbunden sein wird. Nur die Eisenbahn-, sowie die Post-, der Telegraphen- und der Telephonverkehr sollen in Wirksamkeit bleiben. Dagegen werden alle Läden und Lokale geschlossen sein und die Zeitungen nicht erscheinen. Die Druckereiarbeiter legen bereits heute abend um sieben Uhr die Arbeit nieder. Die Kundgebung richtet sich gegen die Lebensmittelteuerung, gegen die folgende Maßnahmen gefordert werden: Bewilligung von 150 Millionen Kronen zwecks Herabsetzung der Lebensmittelpreise, Ausfuhrverbot samt Einführung von Normalpreisen und Verkaufszwang für Gebrauchsartikel, Einstellung des Neutralitätsschutzdienstes und Ablehnung der geforderten außergewöhnlichen Mittel für Militärzwecke.

Russische Umwälzung

Keine Offensive für kapitalistischen Raubkrieg

W. T. B. **Bern,** 6. Juni. Die „Times" meldet aus Petersburg vom 31. Mai: Obwohl die Stimmung zugunsten einer sofortigen Offensive zunehme, bestehe die Sozialistenpresse, darunter das Blatt des Arbeiter- und Soldatenrates darauf, daß die Regierungen der Alliierten erst die Formel: Keine Annexionen, keine Entschädigungen, annehme, ehe die Russen marschieren.

„Djelo Naroda" sagt, es würde einer Auslieferung der revolutionären auswärtigen Politik an die Alliierten gleichkommen, wenn wir die Offensive ergriffen, ohne ihre festen Garantien für die Annahme des Grundgesetzes eines Friedens ohne Annexionen erhalten zu haben.

„Nowaja Schisn" schreibt: Die Bemühungen der einstweiligen Regierung um die Offensive enthalten eine schwere Gefahr. Keine Agitation, weder Aufrufe noch Drohungen, werden die gewünschten Ergebnisse erzielen, bis die neue Formel, die Annexionen, Entschädigungen und die Ziele des Imperialismus der Alliierten ausschließt, amtlich angenommen ist.

W. T. B. **Bern,** 6. Juni. Die „Morning Post" aus Petersburg vom 30. Mai führt einen wichtigen Artikel des Organs des Delegiertenrates an, in dem unter Bezugnahme auf die Reden Kerenskijs und anderer über die russische Offensive gesagt wird: Es ist durchaus unwahr, daß wir eine Offensive vorbereiten. Was wir tun, ist lediglich, eine solche möglich zu machen, um Deutschland daran zu hindern, Truppen von der Ostfront zu senden und den Russen zu ermöglichen, bei den Friedensverhandlungen zu Deutschland nicht als Besiegte und Sieger, sondern als gleiche zu gleichen zu sprechen. Die Revolutionsarmee könne nicht vorrücken, sofern sich nicht jeder Soldat überzeugte, daß er für die Freiheit kämpfe und nicht das Raubtier des internationalen Kapitalismus bereichere. Nur eine tätige Auslandspolitik, die jeden Zweifel über die Ziele und den Charakter des Krieges beseitigt, könne die Grundlage für eine Offensive legen.

Das russische Heer ohne Offensivkraft

W. T. B. **Amsterdam,** 4. Juni. Nach dem „Allgemeen Handelsblad" meldet der Petersburger Mitarbeiter der „Daily News" vom 3. Juni, die Nachrichten über den Zustand, in dem sich die russische Armee befindet, widersprechen einander. An der Nordfront, die unter dem Befehl des Generals Dragomirow steht, soll die Ordnung wiederhergestellt sein, an der mittleren Front sollen einige Armeekorps in ausgezeichneter Verfassung und auch zu offensiven Unternehmungen verwendbar sein. — „Allgemeen Handelsblad" schreibt in einer Kriegsübersicht zu den angeblichen Plänen der Alliierten, zu einer großen allgemeinen Offensive überzugehen, die Zeit, die früher der Bundesgenosse der Alliierten war, wird jetzt ihr Feind. Der U-Bootkrieg macht seinen Einfluß geltend und auch Frankreich und England fühlen jetzt, was der Erschöpfungskrieg bedeutet. Die Hilfe Amerikas hat vorläufig noch nicht viel zu besagen. Die Lage in Rußland läßt es nicht wahrscheinlich erscheinen, daß die Offensivkraft genügend ausdauernd sein werde.

Zahlreiche Desertionen?

Ueber die Zustände im russischen Heer wird dem „Lokalanzeiger" mitgeteilt, ein angesehener Generalstabsoffizier, Oberstleutnant Jakobowitsch, beziffere die Zahl der Deserteure mit mehreren Millionen. Nach der P. T. A. hielt General Alexejew an die Abgeordneten der Front, die im Hauptquartier versammelt waren, eine Rede, worin er auf die Verminderung der Truppen an der Front hinwies und seine Trauer über die Auflösung von anderthalb Millionen Soldaten in einzelne Trupps aussprach. Er ermahnte die Soldaten, auf die Kameraden einzuwirken, damit dem Feinde ein Friede auferlegt werden könne, wie ihn Rußland wünsche.

Wahrhaft demokratisches Wahlrecht

Petersburg, 3. Juni. (P. T. A.) Der Rechtsausschuß bei der vorläufigen Regierung hat den Wahlrechtsgesetzentwurf für die verfassunggebende Versammlung ausgearbeitet. Der Entwurf sieht ein allgemeines, direktes, geheimes, gleiches Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund des Proportionalsystems vor. Jeder russische Bürger, der das Alter von 20 Jahren erreicht hat, genießt das Recht, an den Wahlen teilzunehmen. Der Gesetzentwurf wird zur Beratung dem Sonderausschuß überwiesen, der zur Ausarbeitung des genannten Gesetzes eingesetzt ist.

Die Herrschaft des Arbeiterrates

Wie Reuters Bureau aus Petersburg telegraphiert wurde, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Kronstadt sich der Festung bemächtigt. Der Rat will die provisorische Regierung nicht anerkennen und hat den Vertreter der Regierung verabschiedet. Der Beschluß des Rates wurde mit 210 gegen 40 Stimmen angenommen; 8 enthielten sich der Stimme. Der Rat teilt mit, daß die Verbindung Kronstadts mit Petersburg und dem übrigen Teil Rußlands in Zukunft nur vor sich gehen wird durch die Vermittlung des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg.

Gegen die Kriegs-Kapitalisten

„Berlingske Tidende" meldet: Dem russischen Arbeiter- und Soldatenrat gegenüber erklärte der Arbeitsminister Skobelew, die Regierung beabsichtige, die Kriegsgewinnsteuer auf das Doppelte zu erhöhen. Man werde die Kapitalisten zwingen, unter Bedingungen zu arbeiten, bei denen sie nicht mehr daran interessiert sind, daß der Krieg fortdauert.

Verhaftung des Großfürsten Nikolajewitsch

Uebereinstimmend berichten verschiedene Blätter, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sei auf Befehl der einstweiligen russischen Regierung verhaftet worden. Das Vorgehen werde mit dem Ausbruch von Unruhen in Tiflis infolge monarchistischer Werbearbeit in Verbindung gebracht.

Demokratische Toleranz gegen die Deutschen

Petersburg, 30. Mai. (P. T. A.) In Odessa wurde in der lutherischen Hauptkirche der allgemeine Kongreß der russischen Bürger deutscher Abkunft eröffnet, der über 3000 aus allen Gegenden Rußlands herbeigeeilte Vertreter vereinigte. Dumaabgeordneter Lutz verlas einen Bericht, in dem er hervorhob, daß es der alten Regierung durch Bestechung eines Teils der Presse gelungen sei, gegen die russischen Bürger deutscher Abkunft feindselige Gefühle im Volke zu erwecken. Als Verhandlungssprache schlugen einige Vertreter russisch vor und wollten den Gebrauch der deutschen Sprache nur für diejenigen vorbehalten wissen, die der russischen Sprache nicht kundig seien. Andere erklärten aber, daß in einem freien Lande eine solche Einschränkung unzulässig sei. Der Kongreß sprach sich daher mit Genehmigung des örtlichen Arbeiterrates für den Gebrauch der deutschen Sprache bei den Verhandlungen aus.

Ein russisches Zugeständnis

In einem Leitaufsatz der „Rußkija Wjedomosti" vom 28. April von S. Anski wird die „deutsche Provokation" vor und nach der Revolution behandelt. Der Aufsatz enthält die nachstehende bemerkenswerte Feststellung: „Die (gestürzte) russische Regierung hat nicht nur keine Schritte getan, um die gegen das russische Volk erhobene Beschuldigung des Barbarentums zu entkräften — sie hat vielmehr durch ihre ganze Politik dieser Beschuldigung neue Nahrung zugeführt. Die empörenden Gewalttätigkeiten und der wilde Vandalismus, wie sie in Ostpreußen und Galizien nicht nur geduldet, sondern sogar organisiert wurden, haben in der ganzen zivilisierten Welt einen Schrei der Empörung ausgelöst. Nicht geringer war der ungünstige Eindruck der provozierenden Politik der Regierung den Juden gegenüber, die zu Hunderten und Tausenden verschickt, ohne Gerichtsspruch hingerichtet, ertränkt und beraubt wurden. (W. T. B.)

Iswolskis Sturz

Berlin, 4. Juni. Zur Abberufung des russischen Botschafters Iswolski aus Paris sagt die „Voss. Ztg.": Die Annahme des Entlassungsgesuches Iswolskis durch die einstweilige Regierung nimmt nicht wunder. Er war kein Mann der neuen Aera. Verantwortliche Staatsmänner, die einen Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen betreiben, konnten unmöglich auf einen so wichtigen Posten einen Mann belassen, dessen ganzes Sinnen und Trachten auf die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gerichtet ist. Mit besonderer Genugtuung muß man in Wien das Verschwinden Iswolskis begrüßen. Sein Name weckt dort die Erinnerung, daß der äußere, letzte Anlaß des Krieges die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns gewesen ist. Seit den Tagen der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn war der endgültige Bruch zwischen Oesterreich und Rußland fertig.

Der Gestürzte gehörte zu den schlimmsten Kriegshetzern des Zarismus. Seine Entfernung ist ein rühmliches Zeugnis der ehrlichen Friedenspolitik der russischen Demokratie, die auch an dem mächtigsten Günstling und Förderer der Entente nicht vorüberging.

Rücktritt des Handelsministers

Petersburg, 4. Juni. (Meldung der P. T. A.) Handelsminister Konowalow trat zurück. Er begründete das mit der bevorstehenden industriellen Krisis, mit dem Mangel an Disziplin im Lande, mit den vom Arbeitsminister beabsichtigten Maßregeln zur Kontrolle industrieller Unternehmungen und mit seiner Ueberzeugung, daß die jetzige Regierung ihren Platz einem rein sozialistischen Ministerium räumen müsse. Sein Nachfolger ist noch nicht bezeichnet.

Für den Frieden!

Wie wirken wir am besten **gegen** die kriegverlängernde Agitation der Annexionisten und **für** einen baldigen Frieden?

Durch den Eintritt in den **Sozialdemokratischen Verein** u. das Abonnement auf die **Volkswacht!**

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

FREYMANN

Preise gültig nur solange Vorrat reicht

Für die heissen Tage

Butterkühler immerfrisch			1.25
Geleedosen			0.45
Giesskännchen	2.00	1.75	1.25
Milchsatten	0.35	0.28	0.20
Butterdosen			0.50
Wassergläser		0.15	0.12

Sturzflaschen	0.65	0.55	0.45
Wasserkrüge		1.50	0.95
Fruchtschalen ohne Fuss	3.25	1.50	1.25
Kompottschalen	0.45	0.28	0.15
Kompotteller	0.35	0.30	0.20
Salatschüsseln	1.25	0.90	0.60

Biergläser	0.35	0.30	0.28
Weissbiergläser			0.50
Limonadegläser	0.95	0.75	0.45
Limonadelöffel			0.10
Limonaderöhrchen		100 Stück	0.65
Salatbestecke		0.95	0.38

Für die Einmachezeit

Konservengläser eigene Marke **Gefreda I** **Prima Qualität** extraweit

mit Bügel und Gummiring

½ Ltr.	¾ Ltr.	1 Ltr.	1½ Ltr.	2 Ltr.
0.75	0.90	1.00	1.10	1.20

Konservengläser eigene Marke **Gefreda II** **Prima Qualität** 80 mm weit

¼ Ltr.	½ Ltr.	¾ Ltr.	1 Ltr.	1½ Ltr.	2 Ltr.
0.50	0.60	0.70	0.80	0.90	1.00

Einmachegläser

⅛	½	¾	1	1½	2 Ltr.
0.29	0.22	0.25	0.30	0.45	0.55

2½	3	4	5	6	7	8 Ltr.
0.70	0.85	1.10	1.30	1.50	1.65	1.85

Einkoch-Apparat

gute Qualität
gut verzinkt
mit Thermometer

8.75

Einmachehäfen

braun Steinzeug, prima Qualität

2.75 2.25 0.95 0.85 0.60 0.38

Einlegetöpfe

10	15	20	40	50 Ltr.
2.90	4.25	5.75	11.50	14.50

[140

Feuerfestes Tonkochgeschirr

Marke Feuerzauber — vorzüglicher Ersatz für Emaille und Aluminium

Kochtöpfe, hoch mit Deckel

14 cm	16 cm	18 cm	20 cm	22 cm
1.25	1.75	2.10	3.00	3.75

Kochtöpfe, nieder mit Deckel

14 cm	16 cm	18 cm	20 cm	22 cm	24 cm	26 cm
1.10	1.60	2.00	2.75	3.00	4.00	4.50

Maschinentöpfe, hoch

8 cm	10 cm	12 cm	14 cm	16 cm	18 cm
0.45	0.75	1.20	1.50	2.00	2.65

Maschinentöpfe, nieder

14 cm	16 cm	18 cm	20 cm
1.25	1.50	2.00	2.50

Auflaufformen

16 cm	18 cm	20 cm	22 cm	24 cm	26 cm
0.85	1.10	1.35	1.50	2.25	2.65

Kuchenformen

18 cm	20 cm	22 cm	24 cm
1.20	1.60	2.00	2.50

Puddingformen, rund

14 cm	16 cm	18 cm	oval
0.75	0.90	1.20	1.50

Milchkocher mit Deckel

12 cm	14 cm	16 cm	18 cm
1.50	2.00	2.50	3.00

Kaffeekannen mit Deckel

¾ Ltr.	¾ Ltr.	1 Ltr.	1½ Ltr.	2 Ltr.
0.75	1.10	1.50	2.00	2.50

Portionstöpfe mit Deckel ..... 14 cm **1.50**

Schmortöpfe mit Deckel ..... 26 cm **3.50**

Tiegel mit Stiel und Ausguss ..... 18 cm **2.00**